

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— M., bei Selbstabholung 1.90 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— M., für 1 Monat 2.— M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 58 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18008.

Inseratenpreise:
Die 7 gespaltene Zeile 50 Pfg. und 40% Feuerungszuschlag — 70 Pfg. Desgl. bei Platzvorschritt 55 Pfg. und 40% Feuerungszuschlag — 77 Pfg. Schluss der Annahmen von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. Postcheckkonto Nr. 58 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Luzern gegen die ungarische Reaktion.

Protest der Internationale.

Die Luzerner Konferenz gegen die Reaktion in Ungarn.

Luzern, 8. August. Auf die Nachricht von der Uebertagung der obersten Gewalt in Budapest an Erzherzog Josef hat die Sozialistenkonferenz einstimmig unter lebhaftem Beifall eine sehr energische Protestresolution angenommen, die sich gegen die unter dem Schutze der Entente erfolgte Errichtung eines gegenrevolutionären Regimes ausspricht und den Versuch als ungeheuerlich brandmarkt, die Arbeiterklasse um die Früchte der Revolution durch eine Restauration der Habsburger zu bringen. Die Deute der Pariser Konferenz machten damit klar, daß sich ihre Aktion in Wirklichkeit gegen jede sozialistische Regierung und gegen jede proletarische Herrschaft richtet.

Henaudel, der seine Resolution verlas, sagte dieser einige heftige persönliche Worte gegen die Ententeregierungen und gegen die Wiedereinführung einer Dynastie hinzu, die man wegen ihrer Schuld am Kriege für immer für erlobt gehalten habe.

Zum Kampf bereit.

Ein Aufruf an das Proletariat Deutsch-Oesterreichs.

Wien, 10. August. Die Arbeiterzeitung veröffentlicht einen Aufruf des Reichsvollzugsausschusses der Soldatenräte an die Proletarier im Westen, in dem die Reaktion unter Hinweis auf die Ereignisse in Ungarn davor gewarnt wird, einen Anschlag auf die deutsch-oesterreichische Republik zu versuchen. Jeder einzelne Proletarier sei bereit, sein Leben für die Freiheit zu lassen. Zum Schluss heißt es: Soldaten! Proletarier! Zeit einzeln! Seid Euch der großen Gefahr bewußt und bereitet Euch zum Kampfe vor!

Amerikanisches Weizenexportverbot.

(Zu.) Stockholm, 11. August. Allen Zölnern melden: Jules Barkes, der Direktor des amerikanischen Weizenrats, hatte mit Wilson eine längere Unterredung, deren Ergebnis ein Weizenexportverbot nach Europa war. Dieses Verbot verurteilte einen sensationellen Preiskurz in Getreide und Fleisch.

Keine Vermittlung im Kaliberarbeiterstreik.

Der Reichsarbeitsminister lehnt ab.

Weimar, 10. August. Der Reichsbergarbeiter in Halle a. S. hatte namens der streikenden Kaliberarbeiter den Reichsarbeitsminister wiederholt telegraphisch um eine Unterredung und um die Einleitung von Verhandlungen mit den Vertretern der Kaliberinteressenten gebeten. Am Freitag, dem 8. August, wurde einer Abordnung des Bezirksarbeitsrats unter Führung des Wg. Koenen (U. S. P.) und des Steigers Peter Geselgenheit zu einer Rücksprache mit den Referenten des Reichsarbeitsministeriums in Weimar gegeben. Die mitgeteilten Forderungen gingen im wesentlichen auf weitere Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit, über die im Tarifvertrage zwischen Gewerkschaften und Kaliberinteressenten getroffenen Vereinbarungen hinaus und auf die sofortige Einführung der Betriebsräte im Kaliberbergbau. Der Reichsminister lehnte die Einleitung von Verhandlungen ab mit dem Hinweis, daß am 26. Juli ein Tarifvertrag für den gesamten Kaliberbergbau abgeschlossen sei und etwaige Forderungen bei der Reichsarbeitsgemeinschaft gewerblicher Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Fachgruppe Kaliberbergbau, anhängig zu machen seien.

Vor einem Streik der Hamburger Bankbeamten.

Hamburg, 10. August. Verhandlungen der Hamburger Bankbeamten mit den Bankleitungen vor dem Demobilisierungskommissar führten zu keinem Ergebnis. Das Vermittlungsangebot, das auch den Berliner Angestellten vorgeschlagen wurde, wurde zwar von den Vertretern der Bankangestellten zur Kenntnis genommen, in einer Sitzung der Angestellten- und Botenausschüsse der Hamburger Girobanken beraten, aber als ungenügend abgelehnt. An den Besprechungen vor dem Demobilisierungskommissar nahm auch der gestern hier eingetroffene Führer des Allgemeinen Bankbeamtenvereins Marx teil. Die Angehörigen-Ausschüsse hatten auf Drängen der Angestellten die

Abschimmung über den Streik vornehmen lassen. Von den Angestellten der Deutschen Bank, der Vereins-Bank, der Commerz- und Disconto-Bank, der Darmstädter und der Mitteldeutschen Kreditbank stimmten 1261 für, 211 gegen den sofortigen Streik, etwa 30 enthielten sich der Abstimmung. Bei der Norddeutschen Bank erfolgt die Abstimmung Montag früh. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß auch hier ein zustimmender Beschluß zustande kommen wird. Am heutigen Sonntag früh versammelten sich die Bank-Angestellten in verschiedenen Lokalen, um die notwendigen weiteren Schritte festzusetzen.

Nach dem Kommunismorden.

Budapest, 9. August. (Melbung des Ungar. Zeleg.-Korrespondenz-Bureau.) Ministerpräsident Stefan Friedrich gewährte heute einem Journalisten eine längere Unterredung. Betreffend die Verhandlungen mit der Szegediner Regierung sagte der Ministerpräsident, daß diese mit zwei Vertretern der Szegediner Regierung in der freundschaftlichsten Weise geführt werden. Der Journalist verwies hierauf auf die Erklärungen des Sozialdemokraten Szanyi, wonach er in der neuen Regierung die Garantien für die Errungenheiten der Oktoberrevolution nicht findet und eine Regierung, die die Sozialisten- und Kommunismorden betreibt, kein Vertrauen schenke. Der Ministerpräsident erwiderte: „Wegen seiner Prinzipien wird niemand verfolgt.“ Hiergegen habe ich überall in der entschiedensten Weise protestiert. Wahr ist nur so viel, daß die Rumänen einen Teil der Mitglieder der Roten Armee internieren. Darauf kann, da die Internierung eine Maßnahme der Besatzungsmarine ist, die ungarische Regierung keinen Einfluß ausüben. Wir werden nur jene Kommunisten zur Verantwortung ziehen, natürlich auf dem Wege der ordentlichen Gerichte, welche an Diebstählen, Märdereien und den jetzt aus Tageslicht kommenden grauenhaften Mordtaten teilgenommen haben. Die Deute und die Schergen Szanyis sowie die schauerhafte Gesellschaft der Penibuben (1) befinden sich in Haft. Keinem von ihnen jedoch wurde ein Haar gekrümmt. Jeder einzelne wird seine Verbrechen vor dem ordentlichen Gericht zu verantworten haben. Es ist ganz unverständlich, wie sich Sozialistenführer von so hoher Intelligenz an die Spitze dieses blutbesetzten Systems stellen konnten. Denn wie dem auch sei, nicht nur die Mörder sind schuldig, sondern auch jene, welche an der Spitze dieses Systems standen. Um ein Beispiel zu erwähnen: Western wurde der Leichnam des Major Bartha aus der Donau gezogen. Seine Arme waren ihm ausgezerrt und der Körper voll Stichwunden. Schauerhafte Funde von Leichen in den Wellen liefern einen grauenhaften Beweis von der Rücksichtslosigkeit der Bolschewiken.“ Der Ministerpräsident erklärte ferner, daß eine endgültige Regierung nur nach den Wahlen konstituiert werden könne. „Wir haben“, so sagte er, „die besten Aussichten betreffend den Standpunkt der Entente.“ Zum Schluss erklärte der Ministerpräsident, daß die Ungarn mit Oesterreich in den denkbar besten nachbarlichen Beziehungen zu leben wünschten.

Nachdem der Kommunismord gewisset hat, gibt der Herr bezeichnende Erklärungen ab.

Ein gekrönter Kapitalstieher?

Kopenhagen, 10. August. Berlingske Tidende meldet aus Ralmö: Freitagvormittag wurde ein Wasserflugzeug, das aus einer Höhe von etwa 200 Metern zwei Pakete abwarf, gesichtet. Darauf verschwand es wieder über die Ostsee. Aus dem Innern des Landes, wo seit einiger Zeit ein deutscher Herr und eine deutsche Dame wohnten, wurden Signale an das Flugzeug erteilt, das sich nach ihnen richtete. Der Beobachtungswächter von Trelleborg erhaltete Anzeichen hierüber. Das deutsche Paar wurde in Södra Wö verhaftet und die beschlagnahmten Pakete nach Trelleborg geschafft, wo es sich zeigte, daß sie außer einem Schmuckstück und Juwelen Schmuckstücke Staatsobligationen über einen sehr hohen Betrag enthielten. Nach verschiedenen Ausflüchten gestanden die beiden Deutschen, die Pakete seien vom Prinzen Wied abgeworfen. Der Inhalt gehörte dem König von Sachsen.

Die Mannschaft des Handels-U-Bootes „Bremen“ zurückgekehrt.

Zu. Bremen, 11. August. Die Besatzung des Handels-Unterseebootes Bremen, das seinerzeit verschollen war, ist vollständig in Bremen angekommen, und zwar ohne jede vorherige Ankündigung. Die Engländer haben die Besatzung drei Jahre lang gefangen gehalten und von der Außenwelt vollständig abgeschnitten, um den Verbleib des Bootes zu verschleiern. Eine Befragung dieser Meldung war bisher nicht zu erreichen. (Voll. Ztg.)

Ruhe in Chemnitz.

Nach dem furchtbaren Blutvergießen vom Freitag ist Ruhe in Chemnitz eingetreten. Den Bemühungen der drei sozialistischen Parteien ist es gelungen, weiteres sinnloses Blutvergießen zu verhindern. Sollte die Regierung Grabauer von vornherein den Weg gewählt, die Organisation der Arbeiterschaft gegen die im Dunkeln agierenden Treiber der Bewegung aufzulösen, die furchtbaren Vorgänge des Blutfreitags hätten der unglücklichen Stadt erspart werden können. Auch hier ist wieder das verhängnisvolle: Zu spät, das die Politik der Rechtssozialisten so oft schon gefehlt hat.

Es herrscht Ruhe in Chemnitz, aber wie lange? Ist es die Ruhe vor dem Schlag? Vor dem Zupacken der Mosketruppen? Es liegen Anzeichen vor, die besürchten lassen könnten, daß die Regierung, nachdem sie ursprünglich gewillt schien, den Weg der Verhandlungen weiter zu verfolgen und unnütze und gefährliche Schärfe und Prestigepolitik zu vermeiden, jetzt eine abermalige Schwankung zur Gewaltpolitik vorzunehmen geneigt wäre. Verdächtig ist mindestens die Kalkül, die die Chemnitzer Rechtssozialisten am Sonntag eingeschlagen haben. Sie haben sich Flugblatt verfaßt und am Montagmorgen verteilten lassen, das die Einheitsfront, die unter den Proletariats der Stadt unter dem Druck der Ereignisse hergestellt wurde, zerschellen soll. Diese Rundgebung wendet sich nicht nur gegen den Generalstreik, über den am Montagvormittag die Beauftragten der Chemnitzer Arbeiter beraten sollen, sondern fällt auch mit gefährlichen und wachstumswidrigen Angriffen über unabhängige Sozialdemokraten und Kommunisten her, daß es einer Denunziation dieser Parteien an die Behörden gleichkommt. So waren die Vertreter unserer Partei und der Kommunisten am Montagvormittag, als die Konferenz der Vertrauensleute zusammentreten sollte, genötigt, zu erklären, daß sie mit den Deuten, die für dieses Flugblatt verantwortlich sind, nicht mehr zusammenarbeiten können. Die Versammlung ging infolgedessen ergebnislos auseinander, und die Rechtssozialisten können ihr träuriges Spiel in Anspruch nehmen, daß sie eine geeinte Aktion der Chemnitzer Arbeiterschaft in dem Augenblick unmöglich zu machen versucht haben, wo es darauf ankommt, etwaigen Gefährten durch geschlossene Haltung des Chemnitzer Proletariats den Boden zu entziehen, die „Schlappe“ vom Freitag, die die Militärs natürlich nur schwer verwinden können, durch eine neue militärische Aktion wieder auszuwehen. Daß es auch in den Kreisen der Regierung nicht an Neigung fehlt, die „geschädigte Autorität“ durch eine Blut- und Eisenzeit wieder herzustellen, läßt die Fassung der offiziellen Nachrichten deutlich genug erkennen. So heißt es in einem Dresden Telegramm vom Sonnabend, daß weitere Truppen herangezogen worden sind, die außerhalb von Chemnitz versammelt werden. Es scheint auch hier nach dem Rezept gehandelt zu werden, das die Reichsregierung seinerzeit gegen Hamburg angewendet hat. Dort ist Roske bekanntlich solange friedlich geblieben, bis er die nötige Truppenzahl in der Umgebung versammelt hatte. Dann wurde in die Hansestadt einmarschiert, obgleich die Arbeiterschaft, ebenso wie in Chemnitz, längste die Ruhe und Ordnung wiederhergestellt hatte. Die Rehnlichkeit erstreckt sich auch darauf, daß auch an der Wasserfront die Empörung über die Untertassungsünden der Behörden gegen Lebensmittelwucher und verfälschte die Unruhen geboren hatte. Die dann die Truppen Lettow-Borbeds, die mit Reipoltschens fürsorglich ausgerüstet waren, in der Stadt geholt haben, das steht noch in frischer Erinnerung. Wenn die sächsische Regierung infolge des Abfalls der Chemnitzer Rechtssozialisten von der Sache der Arbeiterschaft den bedauernden Wert zu gleichem Vorgehen gegen Chemnitz finden sollte, so werden die Chemnitzer Proletarier wissen, bei wem sie sich für all das Ungemach, das dann über sie kommen würde, zu bedanken hätten.

Die bürgerliche Presse ist eifrig an der Arbeit, für solchen Fall die nötige Pogromstimmung zu schaffen. Sie verbreitet mit Wollust grell aufgeschminkte Sensationsmeldungen über angeblich furchtbare Greuel, die bei den Kämpfen am Freitag von der Bevölkerung gegen die Truppen verübt worden sein sollen. Den Dingen steht die Tendenz faustlich an der Stirn geschrieben. Worauf das Treiben hinausläuft, zeigt der Bericht eines Augenzeugen, der in den Leipziger Neuesten Nachrichten seine angeblichen Beobachtungen schildert und mit den Worten schließt: „Ich war lange im Felde, aber etwas so Bestialisches habe ich noch nicht erlebt. Ich kann nur hoffen und wünschen, daß die wichtige Verhandlung unter Kameraden gerächt wird.“ Wir wollen es ganz dahingestellt sein lassen, ob die schälimmen Ausschreitungen, die der Augenzeuge behauptet, von einigen fanatisierten oder verfluchten Deuten wirklich verübt worden sind — es ist gar nicht ausgeschlossen, daß starke Verzerrungen und Uebertreibungen

Dungen unterlaufen, die entweder auf die Aufregung und Erdrückung des Augenzeugen zurückzuführen sind, oder daß nur die grellen Schilderungen in bewusster Absicht zur Erzeugung der nötigen Propaganda...

Über die Vorgänge in Chemnitz bemerkt das Blatt zum selbigen guten Zweck, daß die Vorgänge in mehr als einem Punkte rätselhaft und dunkel seien. Damit meint es freilich nicht die Tatsache, daß die Bewegung von antisemitischer und mittelständischer Seite...

Der wech' nun, wo sich die geheimnisvollen Drahtzieher verbergen? Das eine ist festgestellt, geschossen wurde am Bahnhof von deutscher Seite auf die Arbeiter und auf die Truppe von Seiten zum mindesten in Reichswehruniform...

Die Macht, welche den verhängnisvollen Belagerungsstand verhängte, war jedenfalls selbstberufen, und eine Last ungeheurer Verantwortung ist auf ihre Schultern gelegt. Die rätselhafte unheimliche Anordnung, daß die Menge notwendig aufsteigende Schaulager der Truppen...

Das mag genügen. Um so schwerer wird die Verantwortung auf die Rechtssozialisten fallen, wenn sie jetzt durch ihre Schwärzung die bisher halbwegs vernünftige Haltung der Regierung ins Gegenteil verkehren wollten. Bedenklich ist in dieser Hinsicht, daß den Vertretern der Arbeiterschaft am Sonntagabend vom Kommandeur...

Die Chemnitzer Rechtssozialisten können die Einheitsfront der Arbeiterschaft in einem gefährlichen Augenblick noch zerkleinern. Aber sie dürfen sicher sein, daß ihre verräterische Haltung ein Faktor mehr sein wird, der das Proletariat auf revolutionärem Boden zur gemeinsamen Aktion zusammenführt wird.

Wer hat zuerst geschossen?

Die Chemnitzer Volkszeitung, das Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, berichtet über den mündlichen Bericht der Kommission, die mit dem Kommandanten verhandelte:

Die Truppen hätten in Hildersdorf, nicht in Chemnitz ausgeladen werden sollen. Aus rechtlichen Gründen ist das nicht geschehen. Die Provokation der Chemnitzer Arbeiter wäre sonst unterblieben. Daß die bloße Tatsache der Ankunft von Truppen bei der vorhandenen Stimmung provokierend wirken würde, war den Herren vorhan-

Die neu hinzukommenden Truppen der 10. Reichswehrbrigade sollen sofort in die Kasernen geführt und festgehalten werden. Ihre Verlobung geschieht in einem Vorort. Alle öffentlichen Gebäude, in denen bisher Kosketruppen waren, sollen weiter von ihnen besetzt bleiben. Der Bahnhof bleibt neutrales Gebiet.

Chemnitz, 11. August. Der Sonnabend und Sonntag sind ruhig verlaufen. Am Sonntag fand in Dresden eine Verhandlung der Chemnitzer Deputation mit dem Militärminister Reichow und den Generälen v. Oberhausen und Müller statt. Der Minister sagte, daß die Verschärfung des Belagerungsstatus durch Festlegung einer andern Sperrelinie aufgehoben werden könne, falls sich zeige, daß die Arbeiterorganisationen selbst in der Lage sind, die Annehmlichkeit von Ruhe und Ordnung herbeizuführen. Es ist in Aussicht genommen, daß unter der gleichen Voraussetzung von der Anweisung außerordentlicher Gerichte im allgemeinen Abstand genommen werden soll, daß aber ein besonderes Gericht einberufen wird zur Untersuchung der Vorgänge am 7. und 8. August und besonders am Chemnitzer Bahnhof. Die Mitglieder der Chemnitzer Deputation versprechen, sich zu bemühen, in der am Montag früh stattfindenden Versammlung der Anwesenden und Arbeiterausschüsse in obigem Sinne zu wirken, und sie hoffen, daß es gelingt, weitere willkürliche Maßnahmen entschieden zu machen. Der Minister und die beiden Generale haben erklärt, daß die Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Chemnitz in jedem Falle durchgesetzt werden wird.

Der Kommandeur der Reichswehrbrigade in Chemnitz hat mit den Vertretern der drei sozialistischen Parteien eine Vereinbarung getroffen, wonach die Ueberwachung der öffentlichen Ruhe und öffentlichen Gebäude von der Chemnitzer Sicherheitskommission sowie den Unteroffizieren, die alten Chemnitzer Regimentern angehören, die meist verheiratet und Chemnitzer Bürger sind, ausgeübt wird. Diese Truppen werden nicht mit Stahlhelmen ausgerüstet und unterscheiden sich im übrigen durch das Fehlen der Grenzlägergehäusen von den Reichswehrtruppen.

Diese Truppen haben ferner die Aufgabe, alles Heeresgut zu sammeln und bei den Sicherheitskommissionen der 180er Kasernen abzugeben. Die drei Parteien werden den Sicherheitskommissionen und Unteroffizieren bei ihrer Aufgabe, alles Heeresgut einschließlich Waffen einzusammeln, jede mögliche Unterstützung zu leisten.

Die politischen Gefangenen, die vom Reichswehrkommando inhaftiert worden waren, sind schon vor der Verhandlung mit der Abordnung freigelassen worden, da ausreichende Gründe zu ihrer Inhaftierung nicht vorliegen.

Der Arbeiterrat für den Bezirk Chemnitz hat einen Aufruf erlassen, alle Waffen sofort im Bahnhofsgebäude oder in der Hauptwache der Kaserne 181 abzuliefern, ebenso alles aus Anlaß der Unruhen von Zivilpersonen weggeführte Heeresgut.

Der Entwurf des Betriebsratsgesetzes.

Der Entwurf wird jetzt veröffentlicht werden. Offiziell wird über seinen Inhalt das folgende mitgeteilt:

Das künftige Gesetz tritt an die Stelle des von der Arbeiter- und Angestelltenausschüssen handelnden Abschnitts der Verordnung vom 23. Dezember 18. Die alten Arbeiter- und Angestelltenausschüsse werden beibehalten. Der einheitliche Betriebsrat setzt sich aus einer Arbeiter- und Angestelltenkommission zusammen. Die Gruppen werden von den Arbeitern und Angestellten des Betriebes entsprechend ihrem Zuständigkeitsbereich und nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Das Gesetz gilt für alle Betriebe, Geschäfte und Verwaltungen des öffentlichen und privaten Rechts im weitesten Sinne. Es umfaßt Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, wie auch die freien Berufe. Ausgenommen ist nur die See- und Binnenschifffahrt, die einer besonderen Regelung bedarf. Ein Betriebsrat ist in jedem Betriebe, der mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt, zu wählen. Für Betriebe von 5 bis 20 Arbeitnehmern ist die Wahl von Vertretern vorgeschrieben, die die gleichen Rechte und Pflichten haben wie der Betriebsrat, mit Ausnahme des Mitbestimmungsrechts bei Einstellungen und Entlassungen. Für die einzelnen Abteilungen ist die Bildung von Abteilungsbeiräten vorgesehen, aus denen ein Gesamtbetriebsrat zu errichten ist. Die großen staatlichen Unternehmungen, besonders die Verkehrsanstalten, erhalten ein von der untersten Stelle bis zur Spitze sich gliederndes System von Räten.

Das alte Wahlalter beträgt 18 Jahre, das passive 20 Jahre. Die Wahlbarkeit erfordert ferner leistungsmäßige Betriebs- und betriebsähnliche Gewerbezugehörigkeit. Für die Möglichkeit der Zusammenarbeit künftiger Beamtenräte mit den Betriebsräten ist Sorge getragen. Die Wahlperiode des Betriebsrats beträgt ein Jahr, doch kann eine frühere Abberufung durch qualifizierte Mehrheit erfolgen. Die Aufgaben der Betriebsräte liegen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Sie sind Organe für die Durchführung der Tarifverträge, mangels solcher, für die in Gleichberechtigung mit dem Arbeitgeber die bestmögliche Regelung aller Arbeitsverhältnisse; sie sehen zusammen mit dem Arbeitgeber die Arbeitsordnung fest, sie haben das Einvernehmen unter der Arbeiterschaft und mit dem Arbeitgeber zu fördern und sollen in Streitfällen für gerechte, geheime Abstimmungen sorgen. Wohlfahrtsrichtungen verwalten. Hinsichtlich der Betriebsräte zusammen mit dem Arbeitgeber. Schließlich hat dieser das volle Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, bei denen sein Einpruch, soweit nicht die Entlassung aus wichtigen Gründen zutrifft, erfolgt. Der Arbeitgeber zu Verhandlungen nötigt. Erfolgt keine Einigung, so entscheidet endgültig der Schlichtungsausschuss, der auch im übrigen für den gesamten sozialen Ausnahmestillschließung ist.

Unter den wirtschaftlichen Funktionen des Betriebsrats ist zu erwähnen: Er hat die Betriebsleitung mit Rat zu unterstützen, um so mit ihr für einen möglichst hohen Stand der Produktion und für möglichst wirtschaftliche Betriebsleitung zu sorgen. In die mit Ausschüssen ausgestatteten Unternehmungen entsendet er ein bis zwei seiner Mitglieder nach besonderem noch zu erlassendem Gesetz. Er hat ein Recht darauf, Ausschuss über alle die Arbeitnehmer betreffenden Betriebsvorgänge, soweit darüber keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden, zu verlangen. Inwieweit er die Vorlage von Vorschlägen und Informationen über die Leistungen des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf verlangen. In Unternehmungen, die Handelsbücher zu führen haben und mindestens 50 Arbeitnehmer beschäftigen, kann er vom 1. Januar 1920 an jährlich eine Bilanz, eine Gewinn- und Verlustrechnung verlangen. Die Mitglieder des Betriebsrats sind durch Strafbestimmungen gegen Verweigerungen geschützt. Auch können sie nur mit Zustimmung des Betriebsrats entlassen oder verächtlich werden vorbehaltlich der Entlassung aus wichtigem Grunde. Die Geheimhaltung des Betriebsrats mitgeteilten Geschäftsgeheimnisse ist durch Strafvorschriften gesichert.

Auf die weitere Mitbestimmung, die über die Betriebsräte hinaus Arbeiter- und Wirtschaftsräte schaffen soll, ist in dem Gesetz, das somit die unterste Stufe des Räteystems darstellt, bereits mehrfach Rücksicht genommen.

Die kritische Befragung wird nach der Prüfung des Vorlaufs des Entwurfs erfolgen.

Zum Generallstreik der Kaltarbeiter Deutschlands.

Es wird uns aus Halle unterm 10. August geschrieben: Mit den gemeinsten und niedrigsten Mitteln laufen die bürgerlichen und sozialistischen Presseorgane Sturm gegen die glänzende Solidarität, die die Kaltarbeiter jetzt im Kampfe üben. Am liebsten begelert werden die Kaltarbeiter durch ihre Verbandsbeamten. Mit ihrem eigenen Gelde werden hier die Kaltarbeiter von den Angestellten des Bergarbeiterverbandes durch lägenhafte Flugblätter und Zeitungserläute beschimpft. Damit das ganze Lagengebäude, das diese „Arbeitervertreter“ bezüglich des Standes des Generallstreiks verdrängten, zusammenbricht, lassen wir hier Zahlenmaterial sprechen. Das mehrheitlich sozialistische Hauptorgan, der Vorwärts, berichtet in seiner Nummer vom 9. August unter der Spitzmarke Der verunglückte Generallstreik der Kaltarbeiter, daß am Sonnabend von insgesamt 200 Werken höchstens 15 Werke sich im Ausstand befanden. Demgegenüber sei hier festgehalten, wie der Stand des Generallstreiks am Sonnabend in Wirklichkeit aussah. Von den ungefähr 134 im Betriebe befindlichen Kalkwerken Deutschlands streikten am Sonnabend, dem 9. August, die nachstehend aufgeführten Kalkwerke: Halle, Kalkwerke, Krügershall, Adlertalwerke, Ernstthal, Neumannsfeld, Wendesteln, Kölschen, Salzbergwerk Jörnitz, Gr. Schirfstedt, Uscania, Winingen, Douglashall, Westeregeln, Terthun, Germersteden, Berlesch, Marbach, Westerschacht, Schacht II o. Tarthun, Ludwig II, Schacht IV bei Köthenförde, Schacht VI bei Athensteden, Crana, Fellenfeld, Kleinerode I, Klein-Obelungen I und II, Ludwigshall, Neublischerode, Neusselstedt, Nordhäuser Kalkwerke, Gewerksch. Solmsfeld, Martaghal, Hallerleben, Teutonia, Wenzland, Gewerksch. Anhalt, Bernburger Kalkwerke, Solvaphal I und II, Wönnitz I und II, Erbspring, Gröna, Nörstede, Salzwerk Leopoldshall, Friedrichshall, Al-Schierstedt, Braunschweig-Düneburg, Thiederhall, Wöthen, Volkensoda, Bodungen II, die gesamte Chemische und Metall-Industrie von Stauffurt. Dazu kommen noch einige dreißig Chlorkalk- und Bromfabriken. Die Braunkohlenarbeiter des Halleischen, Bitterfelder, Oberbölinger, Zeitz-Weißenfeller, Gelsental- und Bornaer Reviers, sowie verschiedene Ueberlandkraftwerke haben die Erklärung abgegeben, daß sie die berechtigten Forderungen der Kaltarbeiter anerkennen und bereit sind, wenn es sich als notwendig herausstellen sollte, sie mit allen Mitteln zu unterstützen.

Inzwischen greift der Streik weiter um sich, 25 000 bis 30 000 Mann befinden sich gegenwärtig im Ausstand. Die Regierung ist über den Umfang und die Ausdehnung, sowie über die Ursachen des Streiks von der Zentralleitung noch nichts am 8. August unterrichtet worden. Weiterhin ist der Beschluß der Kaltarbeiter über die Einstellung der Kalkfabriken, sofern Verhandlungen nicht eingeleitet werden, mitgeteilt. Die Braunkohlenarbeiter haben am selben Tage der Regierung ihren oben erwähnten Solidaritätsbeschluss bekanntgegeben. Sollte nun der Streik die oben bezeichneten Formen annehmen und sich auch auf die Braunkohlenreviere ausdehnen, so trägt einzig und allein die Regierung die Schuld, da sie es nach wie vor ablehnt, Verhandlungen anzubahnen. Das Verhalten der Regierung ist der klarste Beweis, daß sie nicht im geringsten daran denkt, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Sie gibt sich dazu her, die kapitalistische Wirtschaftsweise zu stützen. Beraten wird diese Regierung bei diesem Verhalten von den rechtssozialistischen Gewerkschaftsführern, deren einer ja auch der Arbeitsminister Schilde ist. Kapitalistische Scharfmacher, englische Regierungsleute und ebenso eigenhinnige wie selbstzufriedige Gewerkschaftsführer haben sich so zusammengesüßelt, um die berechtigten Forderungen kämpfender Proletarier abzuwürgen. Die Entscheidung über das Fortführen dieses Ringens gegen das neue Preisgesetz werden die Vertreter der Belegschaften auf einer am Montag, dem 11. August, in Halle stattfindenden Konferenz fällen. Wie der Entscheid auch ausfallen mag, die revolutionäre Arbeiterschaft wird Mittel und Wege finden, um sich ihr Recht allen diesen Gewalten zum Trotz zu erzwingen.

Der Sozialistenkongress in Luzern.

Die dritte Vollziehung der Internationalen Konferenz begann 4 Uhr nachmittags. Genosse Kautsky ist aus Wien eingetroffen und nimmt an der Konferenz teil. Namens der Internationalen Kommission berichtet Renaudel. Er teilt mit, daß eine Resolution der französischen Mehrheit und der deutschen Unabhängigen die Kommission nur ganz kurze Zeit beschäftigen könne, und daß es den Antragstellern überlassen bleibe, diese Resolution in einer abends stattfindenden Kommission zu begründen. Renaudel legt eine Resolution vor, die zum größten Teil aus dem Bericht der britischen Delegation über die internationale Lage herrührt. Die Resolution erklärt, daß ein wirklich dauerhafter Friede erst ausgerufen werden kann, wenn die internationale Politik nicht mehr durch reaktionäre Elemente beeinflusst werde. Die Resolution protestiert dann aufs schärfste gegen gewisse Bestimmungen des Friedensvertrages,

welche sich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht vereinbaren lassen. Es wird u. a. verlangt, daß die Bewohner des Saargebietes vollkommen frei über ihre staatliche Zugehörigkeit entscheiden können, daß Deutsch-Oesterreich, wenn es will, sich an Deutschland anschließen kann, und daß den Deutschen in der Tschecho-Slowakei gleichfalls das Selbstbestimmungsrecht eingeräumt wird. Am Schluss seiner Rede forderte Renaudel, daß auch Deutschland durch den Beitritt seiner Kolonien, eventuell im Auftrag des Völkerbundes, in Bezug von Rohstoffen unbedingte sei, und daß es auch Oesterreich möglich sei, die nötigen Rohstoffe zu erlangen. Die Friedensbedingungen der Wiedergutmachung müssen der Ueberwachung durch den Völkerbund und nicht der Willkür der Entente unterstellt werden.

Wels, Regierungsdirektor (Deutschland): Wenn alle Völker für die Revision des Friedensvertrages eintreten würden, so wäre das eine große Hoffnung für die gesamte internationale Arbeiterschaft. Wird Deutschlands Arbeiterschaft zu einem Hungerstreik gezwungen, so wird es den Arbeitern in den Ententeländern nicht möglich sein, auf längere Zeit ein besseres Dasein zu führen; denn ein Land mit rückwärtigen Verhältnissen ist immer ein Hemmnis für die Entwicklung der Welt. Ich stelle fest, daß die deutsche Regierung in ihrer Mehrheit aus Sozialisten besteht. Wir könnten eine rechte Arbeiterregierung haben, wenn die Unabhängigen sich nicht in die Abhängigkeit der Kommunisten geben und sich auf ein undemokratisches Räte-system verpflichten hätten. Diese bewußte Unwahrheit, die Wels ausspricht, beweist abermals, daß es den Regierungssozialisten lediglich darauf ankommt, die Internationalen mit Nebenartikeln besetzen zu machen. Die Rechtssozialisten haben allein schuld, daß in Deutschland kein sozialistisches Regiment herrscht. (Ruf.) Deutschland hat die demokratischste Verfassung der Welt. Wir haben gegen den Krieg, gegen Militarismus und Kapitalismus mit aller Leidenschaft gekämpft (!), wie vielleicht nirgends. In Uebereinstimmung mit den internationalen Grundsätzen sind wir für die Landesverteidigung eingetreten. Er befruchtet dann eingehend die der ganzen Welt drohende Kohlenkatastrophe und schlägt vor, daß das Internationale Bureau ungestört in Verbindung mit der Internationalen Gewerkschaftszentrale einen Internationalen Weltkongress der Bergarbeiter einberufen soll, der die Regelung der Weltproduktion an Kohle und ihre Verteilung behandeln soll. Wels fordert dann auf zum internationalen Klassenkampf gegen den Weltkapitalismus, der in diesem Erzeuge triumphierte, und protestiert gegen die Intervention in Rußland und Ungarn.

Macdonald wandte sich gegen die sogenannte Bestrafung Deutschlands, da sie nur dazu diene, Rußland zurückzulassen. Canepano (Italien) forderte das Selbstbestimmungsrecht für Rumänien. Die deutsche Delegation in Versailles hätte mit ihrer Behauptung völlig recht, daß ihr Programm besser den Interessen der Arbeiterschaft entspricht. Der Redner protestierte gegen den Raub der deutschen Kolonien und gegen die Fortdauer der Sklaverei der deutschen und deutsch-österreichischen Kriegsgefangenen. Die Sozialisten aller Länder müßten so oft wie möglich für die Abänderung des Friedensvertrages eintreten.

Der Elässer Grumbach erklärte, es beständen in der Internationalen tiefgehende Unterschiede. Wir europäischen Sozialisten, sagte er, nahmen einen internationalen Standpunkt ein, als wir in Paris von den französischen Genossen forderten, daß sie gegen den Friedensvertrag stimmen sollten. Grumbach wandte sich heftig gegen die deutschen Mehrheitssozialisten. Wels habe kein Recht, hier im Namen der Sozialisten eine Rede zu halten. Wels antwortete mit Zwischenrufen. Die Versammlung zeriet in großer Erregung.

Die Franzosen riefen den Mehrheitssozialisten zu: „Verretter!“ Genosse Hilferding ging noch schärfer mit den Mehrheitssozialisten ins Gericht, indem er ihnen Verbrüderung mit den bürgerlichen gegen einen Teil des Proletariats vorwarf. Die deutsche Regierung sei die Regierung der Erbsengraben. Unter ungeheurer Beifall rief Hilferding den Mehrheitssozialisten zu:

„Sie haben aufgehört, eine sozialdemokratische Partei zu sein! Die Unabhängigen werden ihren Beitritt zur zweiten Internationalen davon abhängig machen, daß diese eine Kampforganisation ist und jede Partei ausschließt, die mit den bürgerlichen gegen das Proletariat vorkommt.“ Bernheim meinte, Hilferdings Vorwürfe träfen nicht nur die deutschen Mehrheitssozialisten, sondern noch andre Parteien in der Internationalen. Deutschland sei am Streik der beiden sozialdemokratischen Parteien zugrunde. Bernheim will den Kampf aller Sozialisten gegen Spaltung und Vorkommen.

Die zweite Internationale am Scheidewege.

Der Vorwärts meint: „Es verlangt, daß die deutschen Unabhängigen einen Antrag auf Ausschluß der deutschen Mehrheitspartei (Mehrheitspartei) aus der Internationalen einbringen wollen; es ist jedoch recht fraglich, ob ein solcher Antrag zur Zustimmung gelangen wird. Ueberdies dürfte ein solcher Antrag eine Velebung der Konferenz bedeuten, da ihr zugemutet würde, ein Urteil ohne vorhergehende Untersuchung zu fällen.“

Ungarn.

Joseph empfiehlt sich.

Budapest, 8. August. Erzherzog Joseph hat an Clemenceau eine Depesche gerichtet, in der er ihm mitteilt, daß er die Macht als Bewerker übernimmt und eine Regierung ernannt habe. Sein nächstes Ziel sei die Einberufung der Nationalversammlung, die vollständige Niederwerfung des Bolschewismus, die Durchführung des Waffenstillstandes und die Vorbereitung der Lebensverhandlungen. Weiter bittet der Erzherzog um nähere Verbindung mit der Entente, wohlwollende Unterstützung und Anerkennung der Regierung.

Aufhebung der Pressfreiheit.

Budapest, 8. August. Ministerpräsident Stephan Friedrich erließ auf Vorschlag der Vertreter der Presse eine Verordnung, durch welche das Erscheinen aller Pressprodukte, also auch von Tagesblättern, Wochenzeitschriften, Zeitschriften und Flugzetteln bis auf weiteres verboten wird. Diese Maßregel wurde infolge des Papiermangels (?) notwendig. Für die Dauer des gegenwärtigen Zustandes wird das Amtsblatt Budapesti Közlöny zweimal täglich erscheinen und im nichtamtlichen Teil das Publikum über die wichtigsten Ereignisse informieren.

An die Betriebsrats-Organisationen.

Wie aus dem letzten erschienenen Aufruf der proletarischen Zentralkomitee für die Zentralbetriebsräte hervorgeht, soll in der nächsten Zeit erneut eine Konferenz der Zentralbetriebsräte stattfinden, um endgültigen Beschluß über den organisierten Zusammenschluß der Zentralräte der Fachgruppen zu fassen. Sollten noch Bezirks-, Provinzial- oder Zentralbetriebsräte vorhanden sein, welche davon noch keine Kenntnis oder die Möglichkeit haben, sich an dem organisierten Aufbau zu beteiligen und an der Konferenz teilzunehmen, so bitten wir sie, sich zwecks näherer Auskunft an die folgende Adresse zu wenden:

Franz Peters, Halle a. S., Gatz 42/44, Zimmer 22 (Betriebssekretariat).

Von der Bewegung der Eisenbahnbeamten.

Berlin, 10. August. Wie wir zuverlässig erfahren, hat am 10. August der Vorstand des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamten mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten eine Besprechung über den in der Tagespresse veröffentlichten Erlaß an die Eisenbahnbeamtenchaft gehabt. In ihr wurde von dem Vorstand und einem Vertreter der Eisenbahnbeamtenchaft verhandelt, daß am 8. August die Eisenbahnbeamtenchaft die Erklärung abgegeben habe, sich künftig auf jeden Fall den Weisungen und der Leitung der Zentralleitung der Eisenbahnverwaltung zu fügen. Die Bundesleitung ihrerseits übernahm die Gewähr dafür, daß von Erfurt keine Sonderaktion unternommen oder gefordert werden wird. Der Erfurter Vertreter erklärte auch seinerseits, daß von Erfurt ohne Einverständnis der Zentralbundesleitung ein Streik weder propagiert, noch erklärt werden sollte. Der Minister stellt fest, daß zur Frage des Streikrechts der Beamten an sich durch seinen Erlaß eine grundsätzliche Stellung nicht genommen sei. Der Erlaß habe vielmehr die Eisenbahnbeamtenchaft über die Verantwortlichkeit der Propagierung eines Streikrechts in der folgenden ersten Zeit aufklären sollen. Evident sei die geordnete Einleitung der Organisation durch den Erlaß irgendwie behindert.

Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren.

Beimar, 9. August. (Zl.). Der Staatenschatz hat in seiner gestrigen Sitzung dem Gesetzentwurf über die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren zugebilligt.

Danach tritt eine Steigerung der Gebühren für Drückbriefe auf 15 Pf., Fernbriefe auf 20 Pf. ein. Dementsprechend soll auch der Preis für die Postkarten erhöht werden. Bei den Telegraphengebühren soll die während des Krieges eingeführte Reichsabgabe wegschlagen, die Einzelgebühren aber auf 15 Pf. für das Wort festgesetzt werden. Ebenso soll der Zuschlag in Gestalt einer Reichsabgabe bei den Fernsprechgeldern erhöht werden durch eine Erhöhung der Grundtaxe um 100 Prozent.

Deutschland.

Wieder Anschlag gesunden. Aus Berlin wird gemeldet: Dr. Wilmers, der frühere freisinnige Reichstagsabgeordnete für den 2. Altbairischen Wahlkreis, ist in Berlin dem Drückverlein der Demokratischen Partei als Mitglied beigetreten. Im Herbst vorigen Jahres war er gelegentlich der Neubildung der Parteien aus der freisinnigen Partei ausgetreten. Inzwischen hat er entdeckt, daß die „Demokraten“-Partei reaktionär genug ist, um auch ihn wieder unterzubringen. Die alten freisinnigen Steuermännchen in schönster Harmonie!

Zum Anschlag Koburg an Bayern. Die sozialdemokratische Koburger Reichzeit der Landesversammlung beschloß, die Volksabstimmung über den Anschlag Koburg an Bayern auf den 28. September festzusetzen. Bei der Endabstimmung über das Gesetz über die demokratischen Abgeordneten und der sozialdemokratische Abgeordnete Klingler, so daß die Abstimmung wiederholt werden mußte.

Zur Besetzung Oberschlesiens. Aus Paris wird gemeldet: Die zur Besetzung Oberschlesiens bis zur Volksabstimmung bestimmten alliierten Truppen werden eine Division stark sein, um deren Aufstellung jede der in Frage kommenden Mächte je drei Bataillone zu stellen hat.

Der Bundesverrat im Rheinland. Dr. Dörten ist am Sonntagabend in Paris eingetroffen und wird eine Unterredung mit Clemenceau haben. Es wird versucht werden, eine neue Basis zu finden, um nach der Rückkehr Dörten im Rheinland einen neuen Versuch zur Auslösung der rheinischen Republik zu machen.

Gärung im Waldburger Revier. Die Art der Lebensmittelversorgung des Bezirks hat unter der Arbeiterschaft die größte Erregung hervorgerufen. Eine Versammlung der Vertrauensleute aus den Betrieben beschloß, noch einen letzten Versuch zu unternehmen, um die Lieferverhältnisse zu besserer Versorgung des Waldburger Bezirks zu veranlassen. Sollte dieser ohne Erfolg bleiben, so würde am 18. August zum Generalstreik aufgerufen werden.

Ein amerikanischer Wohlfahrtsauschuß für Deutschland.

Aus Newyork ist folgende telegraphische Nachricht eingegangen: Ein Wohlfahrtsauschuß, dessen Mitglieder schon vor Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg nach besten Kräften Deutschlands Notleidende unterstützten, hat sich mit Billigung der amerikanischen Regierung gebildet. Dieser Ausschuß beabsichtigt, ein Unternehmen zur Unterstützung der in Deutschland bestehenden Notstände einzuleiten. Er hat seinen Wohnsitz in Newyork und hat bereits Nebenausschüsse in Chicago, Cincinnati, Baltimore, St. Louis, Boston usw. ins Leben gerufen. Die Nordb. Wg. Bzg. berichtet hierzu: Das deutsche Volk

Kreuz, an das sich dieser Wohlfahrtsauschuß gewendet hat, hat die Durchführung des menschenfreundlichen Planes einseitig in die Hand genommen.

Die Internationale des Kapitals.

Zürich, 11. August. Der Oberste Alliiertenrat hat den Vorschlag Marshall Jochs angenommen, nach dem Deutschland berechtigt wird, neue Truppen in die 50-Kilometer-Zone östlich des Rheins zu schicken, da die augenblicklich dort stehenden deutschen Truppen nicht genügen, um die Ordnung bei Streiks und sonstigen Unruhen aufrechtzuerhalten.

Gegen die Judenpogrome.

Rugern, 9. August. Die Internationale Sozialistenkonferenz nahm einstimmig eine Entschließung an, die gegen die Pogrome und Verfolgungen der Juden in den von den Polen besetzten Teilen Polens und der Ukraine protestiert. Ferner eine Entschließung der Delegierten für Palästina, Chasanowitsch und Applanow, wonach die Internationale Sozialistenkonferenz die Entsendung eines Ausschusses zur Untersuchung der gegen die Juden in Polen und in den von den Polen besetzten Teilen Polens und der Ukraine gerichteten Pogrome und Verfolgungen beschließt.

Nationalversammlung.

76. Sitzung vom Sonnabend, 8 Uhr. Die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft wird fortgesetzt.

Hg. Rohmann (Soz.): Wir begrüßen das Gesetz und hoffen, daß ähnliche Maßnahmen auch auf die eng mit der Elektrizität verbundenen Verkehrsmittel, Straßen und Wasserkräfte ausgedehnt werden. Das Gesetz bedeutet eine wirkungsvolle Widerlegung des Vorwurfs, daß die Regierung sich schuldig mache den Kapitalismus selbst, es bedeutet die Beendigung des Kapitalismus, wird gleichzeitig die Befreiung der Reichsfinanzen herbeiführen, und die Stimmung der arbeitenden Masse gewinnen. Leider erfährt das Gesetz nur die großen Anlagen, wir hoffen aber, daß das Reich von der Befreiung Gebrauch machen wird, wonach die Sozialisierung auch bei kleineren Gesellschaften möglich ist. Desto schneller werden wir dann auch das große sozialwirtschaftliche Ziel der Erhaltung von Kohlen erreichen. (Beifall Zustimmung.) Das Gesetz bringt nicht die volle Sozialisierung, diese ist auch nicht mit einem Schlage möglich. Wir Sozialdemokraten sozialisieren nicht aus Neugierde, sondern aus Überzeugung, und dürfen uns keine kostspieligen Experimente leisten. Wir wollen uns durch das russische Beispiel und noch mehr durch das ungarische warnen lassen, die Reaktionen der ehemaligen Volksbeauftragten Paris dürfen wir uns nicht aneignen. Unsere Energieversorgung ist noch viel zu sehr zerstückelt, gerade die kleinen Werke sind Kohlenfresser. Inwiefern Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen zur Kohlenabgabe weisen uns hin auf eine viel tauschfähigere Ausnutzung der Wasserkräfte zur Erzeugung der elektrischen Energie. Wir erblicken in dem Gesetz einen Fortschritt, wenn wir uns auch weitere Bestrebungen zu einem blühenden Sozialismus im Anschluß vorbehalten. (Beifall bei den Soz.)

Hg. Velsch (Zentr.): Die Stärke des Entwurfs und der begleitenden Ausführungen des Ministers ist vollkommener als die anlangende des Gesetzes damit macht. Und ob andererseits die Befreiung gesichert werden. Die Vorlage soll kein Signal für eine weitere Sozialisierung im Galopp tempo geben. Erfreulicherweise ist Spannung nur als äußerstes Mittel im Hinblick genommen. Und auch die kleine Industrie kann sich weiter entwickeln. Die Finanzfrage ist freilich nicht geklärt. Wir beantragen Überweisung an einen Ausschuß von 28 Mitgliedern; und in dem Ausschuß muß auch das Bedenken geäußert werden, ob nicht die Möglichkeit einer Bureaukratisierung der Betriebe vorliegt. (Beifall im Zentrum.)

Hg. Biedanz (Dem.): Mit dem Ziel der Vorlage, an die Stelle der bisherigen Verteilung eine gemeinschaftliche Regelung der gesamten Elektrizitätswirtschaft zu setzen, sind meine politischen Freunde völlig einverstanden. Bedenklich erscheint uns aber zunächst die Art der Durchführung. Hierdurch würden Betriebe, die gut gearbeitet haben, und die bis auf einen letzten Rest abgeschrieben sind, gewissermaßen bestraft werden, während solche, die hoch zu Fuhre stehen, zu hohen Preisen vom Reich übernommen werden müssen. (Sehr richtig!) Zu erwägen wäre ferner, ob nicht an Stelle des Schiedsverfahrens eine Entscheidung der ordentlichen Gerichte vorzuziehen wäre. Hervorragende elektrotechnische Vereine, die preussischen Landeshauptstellen, und auch der preussische Städtetag, haben wegen Beschneidung der Selbstverwaltung der Gemeinden schwere Bedenken geltend gemacht. Mit der Einsetzung eines Bezirksamts für die Elektrizitätswirtschaft, ob und wenn nicht mit dem Reichsbund, von dem man bis heute noch nichts gehört hat. In jedem Falle müßten in diesem Beirat die Interessenten vertreten sein, sonst kommen wir zu einer Verteuerung des elektrischen Stroms, denn Staatsbetriebe arbeiten immer teurer als Privatbetriebe. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Der einen einseitigen in Aussicht genommenen Milliarde werden noch verschiedene andere folgen müssen. Das Problem der Verbindung der großen Elektrizitätsgruppen durch Fernleitungen ist noch keineswegs gelöst, und damit würde auch die Kraftenergieparnis illusorisch werden. Meine politischen Freunde würden es für richtiger halten, einen gemischt-wirtschaftlichen Beirat in Gestalt einer Aktiengesellschaft, etwa unter dem Namen „ReichsElektrizitätsgesellschaft“ zu errichten. Unser fränkischer Wirtschaftskörper ist ein absolut unantastbares Objekt zu Experimenten, wie diese Vorlage eines bedeutet. Die Elektrizitätswirtschaft bedeutet den Stützpunkt in diesem Körper, der in seiner Weise geschützt werden darf. Deshalb ist eine sehr genaue und gründliche Prüfung dieser Vorlage in einer Kommission dringend erforderlich. (Beifall bei den Demokraten.)

Schlagminister Dr. Mayer: Von der Milliarde des Entwurfs wird reichlich so viel übrig bleiben, um den Bedarf des Reichs zum Bau von Stromanlagen in den nächsten Jahren zu sichern. Die Vorlage ist sehr eilig vorbereitet worden, aber trotzdem sind Sachverständige aus allen Bundesstaaten gehört worden, vor allem der Führer auf dem Gebiete der Starkstromübertragung in Deutschland, Herr von Miller, der sich im großen ganzen auf den Standpunkt der Vorlage gestellt hat. Die Einwürfe des Vorredners richten sich fast ausschließlich gegen den ersten Vorentwurf. Die technischen Fragen werden besser im Ausschuß besprochen.

Hg. Dienert (Deutschnat.): Eine überhastete Beratung dieses wichtigen Gesetzes wäre unangebracht, zumal schon jetzt im Lande eine gewisse Mäßigkeit in der Befragung der Nationalversammlung überliefert vermerkt wird. (Beifall Zustimmung rechts.) Der Ausschuß muß Vertreter der Elektroindustrie und der Wissenschaft hören. Gegen die Übernahme der Hochspannungsleitungen durch das Reich haben wir zunächst keine Bedenken, das Reich muß aber auch eine gesunde Volkspolitik seinen Angehörigen gegenüber treiben. Dem Reich muß daran liegen, möglichst viel mittlere und kleinere Betriebe selbständig zu erhalten. Man sollte dem Gesetze keinen sozialistischen Charakter geben. Wir vermüssen überhaupt einen Finanzplan. Das Reich wirtschaftet immer noch ohne geordnete rechtliche Grundlage für seine Finanzgarantien. Auch schafft der Entwurf keine Klarheit über das Verhältnis zu den Gemeinden. Öffentlich wird die Regierung im Ausschuß unsere Besorgnisse zerstreuen. (Beifall rechts.)

Hg. Rothen (U. S.): Eine Verstaatlichung ist noch keine Sozialisierung. Auch bei diesem Gesetzentwurf werden die Begriffe „Staatskapitalismus“ und „Sozialisierung“ wieder miteinander verwechselt. Die Grundvoraussetzung für eine Sozialisierung: Ausschluß der Ausnutzung von minderbemittelten Arbeitskräften und Eingliederung in die Gemeinwirtschaft sollen in dem Entwurf, der bringt lediglich ein ReichsElektrizitätsmonopol und eine Verstaatlichung von Großbetrieben. Nur in der Nebenfrist ist dem Entwurf die Etikette „Sozialisierung“ aufgedrückt. Weber in dem Entwurf, was in der Begründung wird davon von der Sozial-

isierung gesprochen. In der Begründung wird sogar ganz offen gesagt: „Die Situation ist eine ähnliche, wie sie bezüglich des deutschen Eisenbahnwesens vor der Verstaatlichungslösung vorlag. Wie damals der Staat den Ausbau des Eisenbahnwesens im Allgemeininteresse übernommen hat, so muß jetzt Bau und Betrieb der elektrischen Hochspannungsleitungen Reichs Sache werden. Das Reichsmonopol für Hochspannungsleitungen ist also Vorbedingung für eine einseitige und zweckmäßige deutsche Elektrizitätswirtschaft.“ Hier handelt es sich also

nicht um Sozialisierung.

sondern um Verstaatlichung und Reichsmonopol genau so, wie es bei der Eisenbahn auch schon das gute alte Deutsche Reich gemacht hat. Selbst die Verstaatlichung ist nicht vollständig durchgeführt, sondern die Beteiligung der Kapitalisten bleibt erhalten und damit auch die Ausbeutung der Arbeiterschaft für unvorteilhafte Interessen. Das ganze läuft auf eine indirekte Besteuerung hinaus, so wie sie das Reichsfinanzministerium zur Deckung des ungeheuren Geldbedarfs des Reichs auch für andere Zwecke vorgesehen hat. Genauso wenig wie das Reichssozialisierungsgesetz eine Erleichterung der Lage der Arbeiter gebracht hat, erwahnen durch dieses Gesetz der Arbeiterklasse irgendwelche Vorteile. Der Privatwirtschaft wird durch dieses Gesetz kein Tropfen kapitalistischer Milde zu Gunsten der Sozialisierung abgezogen; das Reich begnügt sich mit der Verwaltungstätigkeit. Selbst wo in dem Entwurf ein Anlauf zur Sozialisierung vorliegt, wird er wieder verborgen. In der Begründung wird beispielsweise der Gehalt der Zentralisierung ganz richtig erkannt; dennoch räumt aber der Entwurf mit den Material und Arbeit verzehrenden Kleinbetrieben nicht auf. Vom Standpunkt der Sozialisierung muß ferner alles Zusammengehörige vereinigt bleiben; das Gesetz wendet sich aber ausdrücklich von der Übernahme der mit den Betrieben bisher organisch verbundenen Unternehmungen ab. Die Befürchtungen der bürgerlichen Parteien wegen der Höhe der durch das Gesetz notwendig werdenden Entschädigungen wären hinlänglich, wenn man sie, wie wir es wollen, möglichst niedrig bemißt. (Zuruf: Wollen wir auch!) Wir werden ihnen entsprechende Entwürfe unterbreiten und dabei sehen, wie ihr gutes Herz für die Finanznot des Reichs in Wahrheit beschaffen ist. Von allen Grundfragen der Sozialisierungskommission ist in diesem Gesetz aber auch kein einziges geblieben, deshalb waren die Bemerkungen der sozialdemokratischen Vorredner darüber, daß man nicht mit zu rauher Hand in das Wirtschaftleben einzugreifen dürfe, völlig deplaciert. Das Gesetz geht mit einer Schonung gegen den Privatkapitalismus vor, der nicht überboten werden kann. Wir werden im Ausschuß dahin zu wirken suchen, daß als erste Etappe zur wirklichen Sozialisierung wenigstens das Reichsmonopol gesichert wird. (Lebhafte Beifall bei den U. S.)

Hg. Waldmann (D. Sp.): Der Vorteil des Gesetzes ist, daß ein einheitliches System der Hochspannungsnetze geschaffen wird, mit der Möglichkeit, die zahlreichen überflüssigen Wasserkräfte auszunutzen. Sebauverhältnisse muß der Plan in einer Zeit kurzfristiger Feuerung durchzuführen werden, und dabei ist es so spät bekannt geworden, daß kaum Zeit bleibt, dazu Stellung zu nehmen. Wir stehen dem Grundgedanken durchaus sympathisch gegenüber, müssen aber unsere Zustimmung von der Abänderung verschiedener Bestimmungen abhängig machen. Insbesondere sind die Grundstücke über die Entschädigungen einzuweisen recht unklar. Es scheint, als ob diejenigen Unternehmungen, die solche gearbeitet haben, besonders benachteiligt werden. Auch im Interesse der Gemeinden sind Grundbesitzbestimmungen notwendig. Die freie Bestimmung der freien Kräfte des einzelnen nicht unumstößlich gemacht werden. Macht und Kraft sollen jedem Deutschen zu billigem Preis zur Verfügung stehen. Nur so kann das Gesetz zum Segen des Vaterlands werden. (Beifall.)

Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 28 Mitgliedern. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr. (Zweite Beratung der Grundgesetzentwürfe, der Vorlagen über die Zehnprozentsteuer, Arbeitslosenversicherung und die Regelung des Gesetzes über das Reichsmonopol für Hochspannungsleitungen, und Gesetzentwurf betreffend vorübergehende Vertretung der öffentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse.)

Sächliche Angelegenheiten.

Schuhhändler in Sachsen.

Ungeachtet aller Massenproteste und ohne Rücksicht auf die sich ständig steigende Empörung der Massen über die Schuhhändler in der „freien“ Republik Deutschland werden in Leipzig immer noch einige unserer vor einem Vierteljahr beim Einzug der Waerdertruppen verhafteten Genossen in der Schuhhändler festgehalten. Ähnlich ist es auch in Dresden. Dort wird neben anderen auch unser Parteigenosse Frenzel in Haft gehalten, trotzdem gegen ihn bis heute nicht der geringste Schuldbeweis für eine strafbare Handlung erbracht werden konnte. Erst wurde Fr. in Untersuchungshaft genommen, und als der Vorsitzende der Strafkammer die Untersuchungshaft aufhob, wurde sofort die „Schuhhändler“ verhängt. So sitzt denn nun diesen Genossen bereits über zwei Monate im Gefängnis. Schon im Januar wurde er einmal verhaftet, mußte aber auch damals wieder freigelassen werden. Den Grund zu dieser andauernden Freiheitsberaubung finden wir in den Geheimnissen der polizeilichen Postel, die unseren Genossen jederzeit einmal bei einer günstigen Gelegenheit in die Hände fielen. Da heißt es: „Frenzel ist ein scharfer Redner und benimmt sich unbesonnen gegen die Polizeibeamten. Er ist deshalb auch kein gutes Beispiel für Jugendliche. Auf ihn ist keinerlei Rücksicht zu nehmen.“ Und an einer anderen Stelle: „Frenzel bekennt sich offen zu dem Teil der oppositionellen Sozialdemokratie, der im Begriffe steht, aus der großen Masse auszutreten. Rücksicht gegen Frenzel ist nicht am Platze.“

Und Rücksicht wird auch nicht genommen, wie ein Brief beweist, den unser Genosse aus dem Gefängnis an unser Dresdner Parteiblatt gerichtet hat. Darin heißt es u. a.:

„Ich leide an einem schweren Augen- und Ohrenübel. Auch habe ich linksseitig heftige Lungenschmerzen. Ich benötige dringend eingehender ärztlicher Behandlung. Allemal wurden nach oberflächlichen Untersuchungen drei Tage Aspirin-tabletten verschrieben. Seit einer Woche bemerke ich zu meiner Befürchtung, daß ich infolge der Drogenwirkung das Gehör linksseitig ganz eingebüßt habe. Was nun? Mit dem Essen ist es erst ein Glend. Am Sonntag, dem 27. 7., bekam ich Rubeln mit Maden (ich habe aus Sauertrausuppe 4 Maden gezogen!). Ich gab die Schüssel dem Aufseher zurück. Anderes Essen gab es nicht. Ich habe vor Elend mich so übergeben, daß ich krank wurde.“

Im diesem Elend ein Ende zu machen, habe ich seit Donnerstag jegliche Nahrung verweigert. Es ist dann schon besser, man verreckt bald, als daß man noch monatelang dieses Elend weiter ertragen soll.“

So behandeln die gegenwärtigen „sozialistischen“ Machthaber in Dresden ihre politischen Gegner. Wie lange glauben sie wohl eine solche Gewaltthätigkeit aufrecht erhalten zu können?

Verantwortlich für den reaktionellen Teil:

Dr. Kurt Geier, Leipzig.

Verantwortlich für den Inzeratenteil:

Friedrich Weller, Norddorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 11. August.

Arbeiterrat.

Die Hauptauschuss-Sitzung findet morgen, Dienstag, nachmittags 3 Uhr, in der Gartenstraße statt.

Parteiangelegenheiten.

Communisten-Wortung. Dienstag, abends 8 Uhr, wichtige Funktionärung. Ueber Ergebnisse unbedingt notwendig. Der Vorstand.
GutsMuth. Donnerstag, den 14. August, abends 8 Uhr, wichtige Funktionärung im Rest. Feilschbörschen, Schönfelder Straße. In allen Veranstaltungen zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig.

Sozial. Dienstag, den 12. August, abends 7 Uhr, wichtige Parteivorstandung, in der Hermannstraße. Vollständiges Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Warum kommen die Kriegsgefangenen nicht heim?

Die Angehörigen der Kriegsgefangenen befinden sich in großer Erregung. Der Friedensvertrag ist von Deutschland schon vor etwa sechs Wochen unterzeichnet, aber die Kriegsgefangenen kehren nicht zurück. In französischen und englischen Lagern ist den Gefangenen gesagt worden, die deutsche Regierung wolle die Gefangenen gar nicht, es seien noch keine deutschen Delegierten eingetroffen, um Maßnahmen für den Rücktransport zu treffen. Kein Wunder, wenn die Empörung wächst. Um die Angehörigen der Kriegsgefangenen zu beruhigen, hatte der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen (Ortsgruppe Leipzig) eine öffentliche Versammlung einberufen, die gestern im Zentraltheater tagte und schon lange vor Beginn überfüllt war. Angehörige aus allen Bevölkerungsklassen nahmen an ihr teil. Frauen bildeten natürlich den größten Teil der Besucher. Wie groß die Empörung ist, zeigt sich während des Referats, das der Vorsitzende der Leipziger Ortsgruppe, Rechtsanwalt Martin, hielt. Häufig legten Zwischenrufe ein; wiederholt war die ganze Versammlung so erregt, daß der Redner minutenlang gar nicht sprechen konnte. Er wies auf den Friedensvertrag hin, der von einigen Parlamenten noch nicht genehmigt und deshalb noch nicht in Kraft getreten sei. Nach Artikel 214 soll aber die Heimkehr der Kriegsgefangenen nach Inkrafttreten des Vertrags stattfinden und dann mit der größten Beschleunigung durchgeführt werden. Der Referent, der in Berlin Erstudigungen eingelesen hat, betonte, daß die deutsche Regierung alles tue, was in ihren Kräften stehe. Man solle zu ihr Vertrauen haben und sie nicht angreifen, da sie dann den letzten Rest Kredit im Ausland verliere. Die Regierung rechne damit, daß die Gefangenen erst in der zweiten Hälfte des September heimkehren werden. Herr Martin bemühte sich besonders, Erzberger reinzuwaschen, auch wies er auf Süßler, Ebert, Bauer hin, um zu beweisen, daß die Sache der Kriegsgefangenen „in den besten Händen“ sei.

Selbstverständlich kann keine Rede davon sein, dieser Regierung, die sich auf den Belagerungsstand stützt, tausende Arbeiter in Schutzhaft hält, tausende erschlagen läßt und die Gegenrevolution organisiert, irgendwelches Vertrauen entgegenzubringen. Und wenn erwartet wird, daß die Entente sich an den Vertrag halten wird, so soll die deutsche Regierung erst einmal mit gutem Beispiel vorangehen. Die Versuche, die Frage der Zurückführung zu umgehen, zeigen, daß diese Absicht nicht besteht. Und das tun die Kriegsgefangenen sehr schaden. Die ganze Politik der Bauer, Ebert, David ist nur geeignet, das Misstrauen der Entente wahrzunehmen. Der Referent wies darauf hin, daß der internationale Sozialistenkongress in Luzern sich der Kriegsgefangenen angenommen hat und daß französische und englische Sozialisten sich bereit erklärt haben, in ihren Ländern für die Heimkehrförderung der deutschen Kriegsgefangenen zu wirken. Diese Bewegung sollte unterstützt werden. Freiheit, die gegenrevolutionäre Politik der deutschen Regierungsozialisten ist nicht geeignet, die Tätigkeit unserer Genossen im Ausland zu fördern. Die Versammlung nahm schließlich folgende Resolution an:

Im Namen von Millionen deutscher Frauen und Kinder wenden wir uns an den Oberst unserer Feinde, wenn wir sie ebenso bringend wie herzlich bitten: Gebt uns unsere Kriegsgefangenen heraus. Variet nicht damit, bis der Friedensvertrag ratifiziert ist. Erbartet auch des Jammers der Frauen und Kinder, die unter dem Elend des Krieges und der jahrelangen Trennung von ihren Männern und Vätern unmenslich gelitten haben. Eine neue Zeit ist angebrochen. Das Menschenrecht soll über nationalen Egoismus triumphieren. Im Namen der Menschlichkeit fordern wir von dem französischen, englischen, amerikanischen und italienischen Volk, daß sie unsere Kriegsgefangenen in Freiheit legen, nachdem das deutsche Volk bereits vor Monaten die Waffen niedergelegt und vor Wochen den Frieden angenommen hat.

Immer mehr Briefe von Gefangenen werden uns unterbreitet, in denen die Behauptung wiederkehrt, die deutsche Regierung tue nicht ihre Schuldigkeit. In einem Schreiben vom 20. Juli heißt es: den Gefangenen wäre gesagt, englische und französische Austauschkommissare wären in Paris, von Teutschland seien keine Vertreter eingetroffen, und sie brauchte man doch, um den Rücktransport zu regeln.

In welcher Stimmung sich die deutschen Kriegsgefangenen befinden, zeigt nachstehender Brief, der uns zur Verfügung gestellt und der am 20. Juni 1919 geschrieben worden ist:

Friede! Wie vieles liegt in diesem Wörtchen. Welche Gefühle erregt der Gedanke, Frieden zu haben; was hatte ich mir nicht alles gewünscht, gedacht, erhofft bei der Erwartung des goldenen Friedens. Jetzt ist es nun soweit, daß unterzeichnet worden ist, seit gestern haben wir das, wonach ich jeder sich sehnte, was der einzige Gedanke für uns war — den Frieden. Vorher glaubte ich, es wäre ganz etwas anderes, wenn es mal soweit ist, ich meine recht glücklich sein zu können, glaubte mich vor Freude nicht klandigen zu können, doch sehe ich jetzt, nachdem der hundertste Zeitpunkt vorüber ist, wie unruhig doch all mein Hoffen war, wie ganz anders es gekommen ist. Anlaß vor Freude haben zu können, rühle ich mit aller Macht das verzerrte Gesicht auf mich lassen. Aus unbestimmte Zeit müssen wir noch verharren. Dank unserer eignen Bandstände bleiben wir die Geiseln für die Verdorben, die uns in das Völkermorben gezogen, die sich, während Abertausende ihr Blut vergossen, auf dem Schlachtfeld bluteten, die, als sie sahen, wie der Arm der Gerechtigkeit

schon nach ihrem Nacken fuhr, in der Nacht um ihr blutbesetztes Gesicht Mittel und Wege fanden, den Friedensschluß hinauszuverschieben. Für ein paar Hundert solcher Schritte schmachten 800 000 unschuldige, im besten Alter stehende Männer, das fünfte Jahr herren schon einige der Erlösung und jetzt, wo der Zeitpunkt da ist, die liebe Heimat wieder zu erreichen, hat man uns verkauft wie Sklaven, als die verdorbenen Hunnen bleiben wir auf unbestimmte Zeit bedingungslos ausgeliefert. Wer denkt wohl an uns Armen? Man läßt, man tanzt und schallt sich alle erdenklichen Vergnügungen in der Heimat und doch denkt keiner daran, wie er damit unsere Seele peitscht bis aufs Blut. Was haben wir verbrochen an der Menschheit, die uns die Freiheit nahm, was habe ich verbrochen an dem Schicksal, das mich für dieses Los erkoren hat? Habe ich den Krieg gewollt? — Habe ich verschuldet, daß Millionen, die mir zum Feinde bestimmt wurden, ihr unschuldiges Blut vergossen haben? — Warum straft man uns und nicht das Unrechtsgesindel, das die Erde aus Erden schleppte — die, als sie sich vom Gewissen gereinigt hätten, aus dem Staube wackten und noch zu selbe waren, die wohlverdiente Rüge sich selbst ins Ohr zu jagen? Dieser sie aus, die jetzt sich aus der Klemme gezogen haben und in der Freude, ihre Hundsgelder in Sicherheit zu haben, über alles, was sie verbrochen, noch im stillen lachen. Nur der humanen Behandlung der Amerikaner verdanke ich es, daß ich noch lebe, die moralischen Schläge meines Gefangenelos hätten mich schon längst zur Reiche gemacht. Und doch wird es immer unerbittlicher. Die Ungewißheit, die Sorge übertrumpfen alles Gute, was wir hier genießen könnten. Wie der Himmel gar sein Erbarmen haben?

Es waren bekanntlich die Rechtssozialisten, die für garlichen Parteien, die den Friedensvertrag nicht unterzeichnen und die damit auch das Schicksal der Kriegsgefangenen ganz ins Ungewisse verschleppen wollten. Nur der energischen unermüdeten Agitation der unabhängigen Sozialdemokratie ist es zu danken, daß der Friede zustande kam.

Ist das möglich?

Am Sonnabend, dem 4. August, ereignete sich auf dem Schlachthof ein Vorgang. Laut Vorbericht soll ein einzelner Fleischbeschauer täglich nicht mehr als 40 Stück Fleisch untersuchen. Es mag sein, daß dieser Rahmen vor Beginn der Fleischlieferung aus den Entente-Ländern nicht wesentlich überschritten wurde. Das ist anders geworden. Um aber auch mit den vorhandenen Kräften auszukommen, ließ man Probenentnehmer und Assistenten als Fleischbeschauer tätig sein. Auch die ausschließlichen Assistenten Fleischler und Fleischhändler wurden in die Reihen der „Arbeiter“ einbezogen. Durch diese Art der „Ausweitung“ mag folgendes Vorkommnis erst ermöglicht sein.

Auf die geschätzte Welle einstimmig besetzt begann am 4. August die ungefähr 80 Personen zählende Abteilung ihren Dienst. Probenentnehmer, Fleischbeschauer und Assistenten waren emsig als Beschauer tätig. Wüßte es nicht ein Beamter Fleischhändler, hätte man die tranken Fleischstücke einfach ausgetrieben, dann wäre wenigstens der Vorfall für die Bevölkerung ohne Gefahr erloschen worden. Doch auf unserm Schlachthof herrscht mittlerweile Ordnung. So konnte kein Mensch mehr feststellen, von welchem Stande die beanstandete Probe entnommen war. Schick eine nochmalige Untersuchung der gesamten Fleischbestände. Doch wer beschreibt das Bild? Das geliche Bild war verschwunden!

Ein Spitzer könnte meinen, es wäre auf dem üblichen Wege „marktfrei“ geworden. Wohlja, jetzt kann man in offenen Stadtmärkten trübsinnig schmecken, daß die städtische Kontrolle passierlich, für teures Geld erworben. Kann das noch übertrieben werden? — Vorbesonderer Charakterisierung wird uns noch mitgeteilt: Die Mehrheit aller beschuldigten Fleischbeschauer sind Inhaber Notgehender Ladengeschäfte! Diese außerordentlich verantwortliche Tätigkeit wird also mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde als Quelle eines recht einträglichen Nebeneinkommens betrachtet. Eine beträchtliche Anzahl beamteter Fleischbeschauer sind in allerlei städtischen Ämtern als Hilfskräfte tätig. Was sagt der Rat der Stadt zu seinen „durchreisenden Maßnahmen“, die er aus Anlaß unfrer Schilderungen über die Zustände auf dem Schlachthof in Aussicht gestellt hat? Offenlich nimmt sich das Stadiparlament einmal dieser recht läblichen Dinge an und hilft dort ein wenig nach, wo ein weiser Rat verlagert.

Die hungernden Kriegshinterbliebenen.

die von der Regierung mit Bettelpfennigen abgepeist werden, stellten am Sonntag eine Versammlung im Pantheon ab, in der nachstehende Entschlüsse angenommen wurde:

Die am 10. August 1919 im Pantheon tagende Protestversammlung der Sektion Leipzig der Hinterbliebenen des Reichsbundes nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die Regierung noch immer nicht den berechtigten Forderungen der Hinterbliebenen nachgekommen ist. Ihres Ernährers beraubt, sind die Hinterbliebenen gezwungen, einen schweren wirtschaftlichen Kampf zu führen, der nur geführt werden kann, wenn die Forderungen erfüllt werden, die in den 10 Punkten des Reichsbundes niedergelegt sind. Die Versammlung beauftragt die Bundesleitung, sein Mittel unverzüglich zu lassen, um die Forderungen durchzubringen.

Nach der Versammlung wurde ein Demonstrationzug unternommen, der sich nach der Kreishauptmannschaft begab, der die Forderungen unterbreitet wurden. Die Hinterbliebenen verlangen u. a. Reform der Kriegshinterbliebenen-Gesetzgebung, eine einmalige Beihilfe für Kriegswitwen und Kriegskinder von 800 M., eine solche für Kinder von 50 M. und für Waisenkinder von 100 M., sofortige Auszahlung der am 1. Juli bewilligten 40prozentigen Gehaltsüberhöhung, rückwirkend vom 1. Januar 1919, Erhöhung des Zuschlags der Versorgungsbeträge um 100 Prozent, Gewährung der Rente auch bei höherem Einkommen, Gleichstellung sämtlicher Hinterbliebenen, Gewährung von Kleidern an Witwen und Waisen in demselben Umfang, wie sie den Gefallenen gewährt worden wären, Auflösung des Präsidiums der Nationalstiftung und Überführung in den Reichsausschuh der Hinterbliebenen, Gewährung ausreichender Mittel zu Erholungs- und Heilzwecken, Sicherung von Arbeitsplätzen für Kriegswitwen.

Im Demonstrationzug wurden Plakate mitgeführt, die folgende Aufschriften hatten: „Gebt Kleider und Brot, unsre Kinder hungern!“ „Deraus mit dem Entlassungsantrag für die Kriegshinterbliebenen!“ „Wir fordern die Aufhebung der Offiziershinterbliebenen-Pension und Gleichstellung aller Kriegshinterbliebenen!“

Eine Schande ist, daß die Regierung Milliarden Mark für die Kriegsgarden verschwendet, und die armen Kinder und Witwen der Gefallenen hungern läßt. Das kennzeichnet die ganze Brutalität der Ebert, Bauer, David, Roste.

Schließt das Ernährungsamt?

Das städtische Ernährungsamt schreibt: „Die Kartoffelzufuhr kann nur langsam erfolgen“, so daß die Verbraucher: ihre 1-3 Pf. nicht schon im Wochenbeginn erhalten können.

Die Firma Franz Wosentini schreibt: Es ist ein großer Vollen neuer Kartoffeln zum Preise von 58 M. pro Zentner angeboten worden. Konsumenten hierzu wollen sich sofort unter Angabe ihres Bedarfs im Bezirksbureau mel-

den. Die Anmeldung muß aber noch heute erfolgen, da ich selbst die Verteilung heute noch weitergeben muß. Leipzig-Centr., den 8. 8. 1919.

Franz Wosentini, Eisenbauabteil und Eisenwerkerei. Die vergibt aber, diesem Angebot an die Arbeiter hinauszuweisen, daß Fernerhöhung bis 30 M. herab gezahlt werden. Einen Wochenlohn für einen Zentner Kartoffeln! Schließt das Ernährungsamt? Oder drückt es bloß beide Augen zu gegenüber der Ausweitung der Arbeiterkraft?

Mehr Brot für die — Agrarier. Ein Schildbürgerstückchen hat sich wieder einmal die Ernährungsbehörde geleistet. Durch Verwendung der Reichsgetreidebestände vom 12. August 1919 ist die Selbstversorgung bei Brotgetreide auf 52 Kilogramm und bei Gerste auf 5 Kilogramm heraufgesetzt worden. Diese Verwendung tritt vom 10. August an in Kraft. Die Nation für Versorgungsberechtigten bleibt vorläufig unverändert. Die arme städtische Bevölkerung, die seit fünf Jahren hungert, erhält nicht einen Pfennig Brot mehr, aber für die Landwirte, die in der Lage waren, sich gut zu ernähren, wird die Brotration heraufgesetzt. Da sage einer noch, die Reichsgetreidebestände hat kein Herz für die hungernde, städtische Bevölkerung.

Das Fleisch als Brot. Zur Brotstreckung mit Roggenmehl, das die Bäcker-Zwangsbrot als Fleischbrot bezeichnet, wird mitgeteilt, daß das Ernährungsamt sich bemüht der Bevölkerung das Roggenmehl möglichst zu ersparen. Entsprechende telegraphische Ersuchen sind an das Reichsernährungsministerium, die Reichsgetreidebestände und das Landeslebensmittelamt gerichtet worden. Weitgehende Maßnahmen haben es ermöglicht, die weitere Ausgabe von Roggenmehl an die Bäcker zu verhindern. Also erst muß immer ein öffentlicher Protest erfolgen, ehe derartige Schweinereien „möglichst“ unterbleiben.

Vollständiges Schwimmen des Arbeiter-Schwimmvereins Leipzig. Das Schwimmfest, das am Sonntag, dem 10. August, nachmittags, im Carolabad stattfand, zeigte aufs neue, daß die Leistungen unserer Arbeiter-Sportvereine denen der bürgerlichen Sportvereine durchaus nicht nachstehen, obwohl sie, im Gegensatz zu den bürgerlichen Vereinen, die sich im allgemeinen darauf beschränken, einige besonders tüchtige Mitglieder durch sorgfältige Erziehung zu Reformmeister auszubilden, das Prinzip haben, alle Mitglieder soweit zu fördern, daß sie es zu guten Durchschnittsleistungen bringen. Das Programm des Schwimmfestes enthielt mehrere Wettkämpfe, in denen sich die Leipziger Arbeiter-Schwimmer mit denen anderer Städte, u. a. aus Dresden, Chemnitz, Halle, Jena usw., maßen. Besondere Aufmerksamkeit erregten die Kirschkörbe, bei denen die schwierigsten Sprünge und Salto vom Ein- und Dreimeterdreht ausgeführt wurden. Sehr interessante Vorführungen, wie Figurenlegen, wackelnden mit Streckenwettkämpfen in den verschiedensten Lagen ab. Den Schluß des sehr reichhaltigen Programms bildeten mit großer Spannung verfolgte Wasserballspiele. Es wäre sehr wünschenswert, wenn sich weitere Arbeiterkreise dem Arbeiter-Schwimmverein anschließen, der diese so gesunde Sportart in ausgezeichneter Weise pflegt, wie es die Darbietungen am Sonntag bewiesen. Auch schwimmkundige Genossen und Genossinnen nimmt der Verein auf, wie sein Vorstand in der Eröffnungssprache mitteilte, und bildet sie n-entgeltlich im Schwimmen aus.

Kurse für erwachsene Frauen und Mädchen. Wie die Anschläge an den Plakatsäulen erkennen lassen, sollen nunmehr auch die für die erwachsenen Frauen und Mädchen in Aussicht genommenen Unterrichtskurse beginnen. Die Anmeldungen erfolgen in der Zeit vom Dienstag, den 12. August, bis Freitag, den 15. August 1. im Arbeitsamt I, Arbeitsnachweis, Sternwartenstraße 18-21, von 9-2 Uhr, 2. im Arbeiterbildungsinstitut, Volkshaus, Zeiger Straße 32, Zimmer 42, von 8-4 Uhr, 3. im Verband der weiblichen Hand- und Bureauangestellten, Neumarkt 3 und Emilienstraße 9, von 10-2 Uhr. Auskunft wird bei den Anmeldungen erteilt.

Der Gehaltsantrag. Durch ministerielle Verordnung vom 25. Juli 1919 sind, nachdem durch Verordnung vom 18. Februar 1918 schon die Mindestsätze des Tarif vom 5. Februar 1912 um die Hälfte erhöht worden sind, nunmehr auch die Höchstätze bis auf weiteres um die Hälfte erhöht worden.

Heimkehr der Kriegsgefangenen. Am Sonnabend sind in Leipzig 75 Kriegsgefangene, die in der Schweiz interniert waren, eingetroffen.

Erwerbslosenunterstützung für die ehemaligen Kriegsgefangenen. Die Kriegsgefangenenhilfe schreibt: Laut Verfügung des Ministeriums für Militärwesen Nr. 1618 II G. J. gelten ehemalige Kriegsgefangene des Inlands vom Tage des Abgangs aus dem Durchgangslager, Lazarett oder Truppenlager als entlassen. Während der ihm zustehenden acht Wochen Urlaub ist der ehemalige Kriegsgefangene nicht mehr Heeresangehöriger. Er erhält die Urlaubsgeldbeiträge, die geringer sind als die Erwerbslosenunterstützung, als Beihilfe des Staates ist also unter Umständen berechtigt, die Erwerbslosenunterstützung sofort zu beziehen.

Die Erwerbslosen haben freien Zutritt in die Ausstellung für Geschlechtskrankheiten.

Zeitverteilung. Das Ernährungsamt schreibt uns: Die Reichs-festliche verteilt schiffsmäßig, also nach bestimmter Folge, Schmalz und „Speisefett“ an die Kommunen. Im Gegensatz zu Schmalz, ist „Speisefett“ eine Mischung von Fetten und Ölen. Diese beiden Fettarten werden allen Kommunen gleichmäßig zugeteilt, es handelt sich also wieder einmal nicht um eine speziell in Leipzig zugunsten „der Rekonfekt“ auf Kosten der Leipziger Bürger angelegte „Streckung“ der allen so notwendigen Fette, wie dies mehr oder minder böswillig von Agrarern behauptet wird, sondern um eine Maßnahme des Reichsernährungsamtes. Das in Gera verteilte Schmalz kostet 11 M. das Pfund, das hier verteilte kostet 8.50 M.

Hoffmann. Dienstag von 10-11 Uhr Fleischverkauf Nr. 6800 bis 6400

Schlachthof. Dienstag von 8-12 Uhr Verkauf an Iobermann Knochenbrühextrakt, Fleischstücke, Brühwürfel, Fleischwurst und Gulasch.

Lebensmittellisten für Dienstag, den 12. August.

Für Haushaltungen. Anmeldung. Lebensmittel: Vechter Tag — abzugeben 10 E und K der Lebensmittelkarte Reihe J (250 Gramm); Einfuhrzulassungen B 2 und B 3 (je 250 Gramm). Käseflocken oder Käseflocken: Vechter Tag — abzugeben 1 E und K der Lebensmittelkarte Reihe K (250 Gramm). Suppen: Vechter Tag — abzugeben 2 E und K der Lebensmittelkarte Reihe K (250 Gramm); Fleischmarkenstreifen A 1-5 (125 Gramm). Kartoffelmehl: Vechter Tag — abzugeben Kartoffelmarken B 10 (250 Gramm). Runkelrübe oder Marmelade: Vechter Tag — abzugeben 20 E und K der Lebensmittelkarte Reihe J (250 Gramm). Auslandsmehl: Vechter Tag — abzugeben Einfuhrzulassungen B 6 (250 Gramm). Auslandsfleisch: abzugeben Einfuhrzulassungen B 7 (125 Gramm, 65 Gramm) und B 8 (110-150 Gramm, 60-75 Gramm). Ausgabe. Nahrungsmittel usw. für Kinder bis zu zwei Jahren: Beginn — bestellt mit H 1, N 1, M 1, Z 1 der Lebensmittelkarten S 1, S 2, S 3. Nahrungsmittel für Schwangere: Beginn — bestellt mit SN 1 der Sonder-Lebensmittelkarte J 1. Auslandsfleisch: bestellt mit Einfuhrzulassungen B 2 (125 Gramm, 65 Gramm). Für Händler. Margarine und Schmalz: Bezugsgewinnnahme durch die Großhändler.

Außerordentliche Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens,

Der Landesvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens hat für Sonntag, den 10., und Montag, den 11. August, eine außerordentliche Landesversammlung nach Leipzig einberufen. Da sich die politische Lage in Sachsen immer mehr zuspitzt und die Regierungskrise zur dauernden geworden ist, so hielt es der Landesvorstand für geboten, im Verfolg der Konferenz der Hauptvorstände am 11. Juli in Dresden die Parteigenossen im Lande zusammenzurufen, um gegenüber den herrschenden politischen Zuständen Stellung zu nehmen. Diese außerordentliche Landesversammlung wird gleichzeitig die Geschäfte der demnächst notwendigen ordentlichen Landesversammlung mit erledigen und diese damit überflüssig machen. Die Landesversammlung tagt im *Grüner Saal* des Volkshauses und ist öffentlich. Vertreten sind 68 Delegierte, 5 Vertreter vom Landesvorstand der U. S. P. Sachsens, 3 Vertreter der Bezirksleitung Dresden, 10 Vertreter der Bezirksleitungen Chemnitz und Plauen, 10 Abgeordnete der sächsischen Volkshammer und Genosse K. Greyer als Abgeordneter der Nationalversammlung. Von der Zentralkommission in Berlin ist die Genossin *Liebig* anwesend. Alle Mandate wurden für gültig erklärt.

Vor Eröffnung der Landesversammlung begründete der Vorsitzende der Landesorganisation, Genosse *Richard Lipinski*, in längeren Ausführungen die Einberufung der Konferenz, da außerordentliche Situationen auch außerordentliche Mittel notwendig machten. Genosse *Lipinski* schilderte sodann die revolutionäre Entwicklung in Deutschland seit dem Zusammenbruch der Monarchie. Er bringt die Empörung der Landesversammlung über die rohe Gewaltspolitik der sächsischen Regierung gegenüber den Vorgängen in Chemnitz zum Ausdruck und spricht der Chemnitzer Arbeiterschaft die Sympathie der Landesversammlung aus. Mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen der Konferenz zum Nutzen der Arbeiterklasse Sachsens und schließlich ganz Deutschlands geführt werden möchten, eröffnet Genosse *Lipinski* die Verhandlungen.

Zu Vorstehenden mit gleichen Rechten werden die Genossen *Fleischer*, *Dresden* und *Lipinski*, *Leipzig* gewählt, Schriftführer sind die Genossen *Schulze*, *Crimmitschau* und *Weyer*, *Bautzen*. Einwände gegen die Tagesordnung und den vorgelegten Geschäftsordnungsentwurf werden nicht erhoben. Die Tagungszeit wurde wie folgt festgesetzt: Sonntag vormittags von 10 bis 1/2 11 Uhr und von 1/2 bis 7 Uhr; Montag von früh 1/2 bis 11 Uhr und nachmittags von 1/2 bis 7 Uhr abends.

In der gestrigen Sitzung wurden die beiden ersten Tagesordnungspunkte: Bericht des Landesvorstandes und Bericht der Volkshammerfraktion erledigt. Da über die Verhandlungen ein gedruckter Referatentwurf vorliegt, werden die Parteigenossen Gelegenheit haben, die Referate der Genossen *Lipinski* und *Müller* im Protokoll nachzulesen. An den Bericht des Landesvorstandes knüpfte sich eine längere Aussprache, in der die Stellung der Partei zur Jugendfrage im Vordergrund stand. Von den einzelnen Rednern wurde hervorgehoben, daß die Selbständigkeit der Jugendorganisation gewahrt werden müsse. Die Beschlüsse der Konferenz wurden dem Landesvorstand zur Erledigung überwiesen. Allgemein anerkannt wurde die Notwendigkeit der Heranbildung und Schulung von geeigneten Genossen für die Parteitätigkeit. Der Bericht des Genossen *Müller* über die Tätigkeit der Volkshammerfraktion wurde ohne Aussprache entgegengenommen. Ein Antrag des Genossen *Paul Böttcher*, Leipzig, der die Frage einer gemeinsamen Regierungsbildung der U. S. P. und S. P. in Sachsen angesichts der Vorgänge in Chemnitz für undiskutabel hält und das Referat des Genossen *Lipinski* über die Regierungsbildung in Sachsen von der Tagesordnung ablesen will, wird gegen eine Minderheit abgelehnt.

Genosse *Lipinski* erstattet den Bericht des Landesvorstandes. Er verweist auf den gedruckten Bericht, der eine Geburtsurkunde der Partei darstellt, und gibt zunächst ein Bild von der Entstehung unserer Partei als Oppositionspartei. Er wirft den Rechtssozialisten vor, daß sie schon während des Krieges nicht eine Politik der Versöhnung, sondern des Kampfes gegen die Genossen der Opposition getrieben haben, welche Gewaltpolitik es ja nach der Novemberrevolution dahin gebracht hat, daß nach zwei Monaten währenddem Zusammenarbeiten von Rechtssozialisten und Unabhängigen, wobei allerdings von untrer Seite Mangel an tatsächl. richtigem Vorgehen nicht verschwiegen werden darf, die Regierung zusammenbrach und die Unabhängigen austraten. Wie weit es nun die Rechtssozialisten haben kommen lassen, dafür bietet der Fall Neurung zwei Beispiele. Die blühende Situation belandete. Einmal haben die zum Schutze Neurungs verpflichtet Offiziere bei seiner Ermordung sich passiv verhalten, wodurch der Ausschrei erweckt werden muß, als hätten sie sich nun wieder stark genug, um ihre eigenen Geschäfte zu betreiben. Zum andern entspannten sich die Belagerungszeugen im Neurungprozess als Spindel, die mit dem Finanzministerium und dem Ministerium des Innern in Verbindung standen. Redner geht nun des weiteren auf den schon längst vorbereiteten und am Tage der Ermordung Neurungs in Kraft gesetzten, gänzlich unrichtigen Belagerungszustand ein, der unter Herbeiziehung von Beispielen aus der reaktionären Kammer der Jahre 1885, 1887 und 1891 Verweise gegen Reichsheere in sich trägt und dabei nur den Zweck verfolgt, gegen die Arbeiterklasse vorzugehen. Der Verhängung des Belagerungszustandes durch die sächsische Regierung folgte die Verhängung durch den Reichspräsidenten und den Kanzler Scheidemann am 28. April. Gegenüber diesen Maßnahmen blieb die U. S. P. Sachsens nicht untätig. Sofort nach der Ermordung Neurungs wurde in einem Flugblatt betont, daß wir die Dresdner Blutkatastrophe ablehnen, weil wir die kapitalistische Gesellschaftsordnung und nicht ihre Träger beseitigen wollten. Persönliche Verhandlungen mit dem Ministerium wegen des Belagerungszustandes wurden gepflogen. Der Vorgänge in Leipzig wurde dabei mit keinem Worte gedacht. Mannigfaltiger politischer Kampf gegen Belagerungszustand und die schuldige Regierung wurde von uns durchgeführt. Auf ein weiteres Flugblatt infolge, worin wir unsere Stellung darlegten, wurde von der Regierung geantwortet: „Der Belagerungszustand solle die Freiheit des politischen und wirtschaftlichen Lebens gegen verwerfliche Maßnahmen kleiner, aber kräftiger Minderheiten schützen.“ Der „Schuß“ wird auf illustriert durch die Verwendung von Maschinengewehren. Genosse *Lipinski* schildert dann die verbotene und für Leipzig im letzten Moment unerbeten telegraphisch genommene Maßnahme, weist auf den tatsächlichen Fehler hin, der in dem bekannten Ultimatum der Volkshammer in Bezug auf die Sicherheit der Messe gemacht wurde, und betont die Stellungnahme der Parteileitung gegenüber diesem Ultimatum. Ein Flugblatt forderte die Arbeiterschaft auf, sich angesichts der Unrechtmäßigkeit des Belagerungszustandes zum Abbruch in die U. S. P. zu entscheiden. Wir haben in einem Vierteljahr einen Zuwachs von 10000 Mitgliedern. Referat geduckt weiter der Bemühungen des Landesvorstandes in der Schulungsfrage und geht dann zu einer Schilderung des U. S. P. Parteitag in Berlin über, der notwendig war, um Unklarheiten innerhalb der Arbeiterklasse zu beseitigen. Ein Aktionsprogramm wurde aufgestellt. Der Stand der Presse ist befriedigend. Anwesen ausserhalb des Landesvorstandes, daß er seitlich sei, müssen zurückgewiesen werden. Am Gegenstand sei mit unzulänglichen Kräften ungenügender Arbeit geleistet

worben — Auf dem Gebiete der Organisation sind Fortschritte zu verzeichnen, doch sind sie noch nicht befriedigend. Die Strömung der Kommunisten hat uns verhältnismäßig geschädigt, wenn auch allmählich die Arbeiterschaft zu der Erkenntnis kommt, daß auf dem Boden reeller Tatsachen Politik getrieben werden muß. Immer noch stehen aber weite Kreise der Arbeiterschaft der Politik indifferent gegenüber.

Was die materiellen Leistungen des Landesvorstandes anlangt, so wäre ohne einen gewaltigen Aufschwung von Seiten Leipzigs der Landesvorstand kaum lebensfähig geblieben. Der Etat für das kommende Jahr ist mit 20000 Mk. veranschlagt worden. Neue große Aufgaben harren der Lösung. In der Frage der Agitation, wo Kräfte heranzubilden seien, bei der Neuwahl der Schulausschüsse, in der Jugendfrage, überall gebe es Arbeit. Da die Jugend selbständig bleiben oder der Partei sich anschließen solle, sei eine weitere Frage. Nachdem der Redner noch die Vergünstigung erwähnt hat, die uns viel junge Kräfte entzieht, wendet er sich der Frage der Ausbildung der Arbeiter, was die Erkenntnis wirtschaftlicher Fragen anbelangt, zu. Die Frage der Betriebsräte wird dringend. Die reaktionäre Bildungsarbeit des Bürgerturns erfordert unsere Aufmerksamkeit. In der Frage der Hochschulkurse sind Rückschlüsse aufgestellt worden.

An neuer Literatur ist eine Zusammenstellung der Landgemeindevorstände erschienen. Der Praktikumsbericht, der Bericht der Landesversammlung, eine Broschüre über den Streikausbruch werden noch erscheinen. Dann verliest Redner die einzelnen Anträge zum 1. Punkt der Tagesordnung. Dem Antrag des 11. Kreises, Punkt 1: „Der Landesvorstand wird beauftragt, für die bevorstehenden Wahlkämpfe ein Handbuch herauszugeben, in welchem alles benötigte Material geordnet ist, die Dokumente und Urkunden über Entstehung, Verlängerung und Zusammenbruch des Krieges zu sammeln und dieses Handbuch allen in der kommenden Wahlbewegung Tätigen zum möglichst niedrigen Preise auszuhandeln“, kann nicht entprochen werden. Es ist Sache der Zentralkommission, hier etwas zu tun. Was die Dokumente der Vergangenheit anbelangt, ist schon vorgeordnet worden. Auch den Anträge des 17. Kreises, wonach „mit der Zurückziehung der kleinen und mittleren Kreise gegenüber den Großstädten in der Versorgung mit Referenten zu öffentlichen Volksversammlungen sich die Mitglieder des 17. Kreises nicht einverstanden erklären können und Abhilfe fordern“, kann nicht entprochen werden, da wir nicht mehr leisten können, als wir wirklich in der Lage sind. Gen. *Lipinski* schließt sein Referat mit dem Wunsche einer gedeihlichen Arbeit der Landesversammlung.

Da die Anträge des 11. Kreises, Biffer 1 und 2, des 17. Kreises, der Ortsgruppe Leipzig und der Ortsgruppe Groß-Dresden genügend unterstützt werden, wird nunmehr in die Debatte über Punkt 1 und die unterstützten Anträge eingetreten.

Genosse *Peller* begründet den Antrag des 11. Kreises, wobei er hinsichtlich der Materialzusammenstellung mit den Ausführungen *Lipinski*, dies der Zentralkommission vorzutragen, einverstanden ist. Den Antrag Groß-Dresden, betr. die Zusammenfassung der Landeskonferenzen, begründet Genosse *Röhl* - Dresden. Nachdem *Böttcher* - Bautzen für den Antrag des 17. Kreises gesprochen hat, gibt *Gröbel* - Leipzig bekannt, daß der Antrag der Gruppe Leipzig: „Für die Jugendbewegung ist mehr wie bisher zu tun: Der Landesvorstand wird beauftragt, der Jugendfrage seine Unterstützung und Aufmerksamkeit zu widmen“, durch die Ausführungen des Genossen *Lipinski* erledigt ist.

Genosse *Böschke* - Dresden stellt zunächst zur Frage der Jugendbewegung den alten Satz an: Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft, und folgert, daß man ablassen müsse von der unklaren Verweigerungspolitik einer nicht angeschlossenen Jugend. Oder sollten wir aufsehen, wie die Kommunisten die Jugend um sich scharen? Wir müssen die Jugendbewegung und angliedern. Sie muß ein Teil unserer Organisation werden. Zum Antrag des 17. Kreises führt Redner aus, daß es liberal genug Redner gäbe, die noch nicht genügend herangezogen würden; im übrigen sei die Klarheit genau so wichtig. Dazu brauche man aber keine Paraphrasen.

Genosse *Bergold* - Leipzig ist der Meinung des Vorredners, daß es eine große Unterlassungsünde sei, wenn man sich nicht genug mit der Jugend beschäftigt. Im übrigen weicht er von seinem Vorredner ab, indem er für die Selbständigkeit der Jugend eintritt. Der Bemerkung des Genossen *Lipinski*, daß Vergünstigungen viele junge Leute von der Partei fernhalten, setzt er entgegen, daß eben zu wenig für die 18-21jährigen getan worden sei. In der Frage der Betriebsräte schlägt Redner möglichst Anpassung unserer Organisation an die einzelnen Betriebe vor.

Genossin *Wacziarg* - Dresden verweist im Referat *Lipinski* die genügende Betonung der Wichtigkeit der Frauenfrage. Es wäre unerwartend, wollten wir angesichts der kommenden Wahlen, wenn das Bürgerturn wieder seine Minister- und Mitarbeiter beginnt, die Dinge erst an uns heran kommen lassen. Zur Klärung der Frauen soll eine Schrift der Genossin *Liebig* dienen. Genossin *W.* gibt schließlich noch ihrer Empörung Ausdruck, daß man in Chemnitz die Frauen von alldemselben und antisemitischer Seite benutz hat, um ein Unheil anzurichten.

Genosse *Paul Böttcher* - Leipzig betont die Notwendigkeit der Heranbildung von Kräften für die Parteiarbeit, von entscheidenden und wissenschaftlich durchgebildeten Vertretern des Sozialismus. Auf die Revolutionierung der Köpfe, auf die Vertiefung der sozialistischen Anschauungen, auf die Betonung des ethischen Moments komme es mehr an. Bei allen Dingen müsse es den Arbeitern klar sein, daß am Tage nach der sozialen Revolution die Wetterbemühung der Waffe, die wir jetzt im Kampfe um die Existenzbedingungen anwenden, zur Selbsttötung am Sozialismus wird. Redner fordert die Heranbildung eines Pressenachwuchses durch 6-8wöchige, vorbereitende Beschäftigung von Solonären, die dadurch Einblick in den Betrieb und die praktischen Schwierigkeiten der Presse erhalten. Er fordert die Heranbildung von Rednern, wobei eine Schulungsleistung vermieden werden und eine wissenschaftliche Vertiefung angestrebt werden müsse. Die Jugend „Pflanz“ wollen wir uns vom Halbe schaffen; sie sollen als Proletarier vorwärtsdrängen. Führung brauchen sie und nicht Pflanz. Mit Sympathieerklärungen freilich ist nichts getan. Man möge ihr die Presse mehr wie bisher zur Verfügung stellen. Zum Schluß führte Genosse *Böttcher* in der Frage der Hochschulkurse aus, daß wir uns Kritik und abweisen dieser Bewegung gegenüber verhalten müssen, wenn es uns nicht gelingt, diese Volkshochschulen zum Instrument für den politischen Kampf der Revolution zu gestalten.

Genossin *Liebig* - Berlin: Die alte Zentralkommission für die Jugend war ein Martyrium für diese. Bis zum Ausbruch des Krieges wurde das Parteiblatt der Jugend im nationalistischen Sinne redigiert. Selbst *Ebert* und *Pauer* haben die Erstellung der Jugend zur Wechseltätigkeit gelehrt. Dagegen haben sich die Jugendlichen mit Recht gewehrt, sie wollen nicht Objekt, sondern Subjekt der Jugendbewegung sein. Das schließt nicht aus, daß die Älteren mit Rat und Tat zur Seite stehen. Und wenn der Ältere Geschick dazu hat, wird er gern von der Jugend aufgenommen werden. Die neu gegründete U. S. P. konnte sich anfangs wenig um die Jugendbewegung kümmern.

Zuerst wurde in Berlin eine Jugendorganisation gegründet. Genosse *Schiller* war damals Jugendsekretär, hat aber durch seinen Liebertritt zur S. P. D. die Jugend mit uns kommunistische Lager hinübergezogen. „Und das Organ der Jugend, die „Junge Garde“, wurde Schimpfblatt gegen die U. S. P. Deshalb hat die U. S. P. ein eigenes Organblatt herausgegeben, nicht nur auf die Angriffe der „Jungen Garde“ zu antworten, sondern mit dem Ziele, die Jugend in sozialistischer Erkenntnis, Nationalökonomie, Geschichte, und Tagespolitik nicht vom Parteistandpunkt, sondern vom sozialistischen Standpunkt aus zu eigenem Verständnis heranzubilden. Und wenn sich so die Jugend ein eigenes Urteil bilden kann, wird sie von selbst zur U. S. P. kommen. Zur Agitation bemerkt Genossin *Liebig*, daß besonders in Chemnitz, Plauen, Zwickau und Dresden noch viel zu leisten sei. Sie empfiehlt große Volksversammlungen abzuhalten. Daneben darf die Kleinarbeit in der Agitation nicht vergessen werden. Am ersten Anschluß an die Betriebsräte muß die Agitation getrieben

werden. Die Regierungspolitik der Rechtssozialisten tut von sich noch das übrige. Die U. S. P. braucht nur zu ernten, was S. P. D. gesät hat.

Genosse *Liebig* - Bittau: Durch das Gelingen eines geistlichen Leiters in der Jugendbewegung habe man in Bittau mit der S. P. zusammenarbeiten müssen. Er empfiehlt, nur geschulte Redner der Partei auftreten zu lassen.

Genosse *Liebig* - Leipzig: Die Bildungsarbeit werde jetzt begonnen. Die Dinge lägen in Leipzig ähnlich wie in Berlin. An den Kursen hätten freilich die 18-21jährigen nur spärlich teilgenommen. Die Organisation der Jugend muß dazu veranlaßt werden, daß unabhängige Parteiausschüsse vertreten werden. In der Presse könne der Jugend nicht zur Verfügung gestellt werden, weil sie sich gegen die Partei wende. In der Organisation herrsche so viel Unklarheit. Die Rednerkreise könnten hier Klarheit schaffen. Redner fordert, literarisch gebildete Arbeiter als Redakteure auszubilden. Er schließt mit der Aufforderung an den Landesvorstand die Argumente gegen die Kommunisten zusammenzufassen.

Genosse *Röhl* - Dresden warnt vor der Beteiligung an der Wahl zu Jugendparlamenten. Für die Körperliche Erziehung der Jugend solle man Kommissionen einsetzen. Redner hält auch die Rednerkreise für zweckmäßig und empfiehlt eine Richtschnur auszuarbeiten. Er warnt vor der bürgerlichen Volkshochschulbewegung und weist auf die Berliner proletarische Hochschule hin.

Genosse *Röhl* - Leipzig fordert, daß man in der Agitation Hand in Hand mit den Betriebsräten arbeite, damit die Massen zur U. S. P. kämen.

Jahn - Pöhlitz (Ergeb.) bietet, die Jugendbildungsbewegung im Erzgebirge zu unterstützen, da dort die Verhältnisse schwieriger seien wie in den Großstädten.

Genosse *Lipinski* wendet sich im Schlußwort gegen die Genossen *Röhl*. Er habe von den Schulausschüssen gesprochen, um vor nationalistischen Einflüssen zu warnen, die hier im Werke seien. Zur Frage der Jugendbildung habe Genossin *Liebig* das Nötige gesagt. Er habe empfohlen, auf die Volkshochschulen einzuwirken, in der Wahl der Lehrer und des Stoffes, da sich das Bürgerturn, an das Proletariat heranbränge. Für die Jugend seien jetzt die Volkshochschulen wichtiger als die geistliche Fortbildung; das sei aber nicht Schuld der Partei, die ungeheure Summen für die Jugend geopfert habe. Das muß man sich auch ein Kontrollatrat vorbehalten. Übrigens sei ein großer Teil der Jugend zur Partei zurückgekehrt. Für die Bilderfrage weist er auf das Arbeiterbildungssekretariat hin. Zum Antrage, Rückschlüsse aufstellen für Redner, betont er, daß ein Schema nicht gebietet sei. Man brauche Redner, die in sozialistischer Erkenntnis durchgebildet seien. Zu den einzelnen Anträgen nimmt Genosse *Lipinski* Stellung, indem er darauf hinweist, daß die beiden Anträge des 11. Wahlkreises durch die Aussprache erledigt hätten. Der Antrag des 17. Wahlkreises sei nur formal ein Antrag, in Wirklichkeit eine Beschwerde. In diesem Punkte soll Abhilfe geschaffen werden.

Nachdem der Antrag Groß-Dresden zurückgezogen ist, empfiehlt der Vorsitzende Genosse *Fleischer* - Dresden, den Antrag des 11. Kreises der Zentralkommission zur Berücksichtigung zu überweisen. Antrag Nr. 2 und Antrag Leipzig (10. Kreis) soll dem Landesvorstand 1 überweisen werden. Antrag des 17. Kreises hat sich durch die Aussprache erledigt. Somit sind diese Anträge erledigt.

Genosse *Hermann Müller* - Leipzig ging in seinem

Bericht der Volkshammerfraktion

davon aus, daß er die Unzuverlässigkeit der Politik der Regierung sozialisten gelehrt. Deshalb war man von vornherein zur Kritik geneigt. Man wollte aber auch die S. P. D. vorwärts drängen. Kein äußerlich war die Arbeit der U. S. P. - Fraktion nicht, besonders in der Beschäftigung und Finanzanschauung. Man habe sich nicht nur mit Kritik begnügt, sondern auch eigene Anträge über Gemeindevorstellung, Petition am 1. Mai, Regelung der Feuerbestattung, Aufhebung des Belagerungszustandes und der Schulpflicht, über die Vorgänge in Leipzig, die polizeilichen Übergriffe in Dresden u. a. eingebracht. Schon aus diesen Anträgen seien die Rückschlüsse der U. S. P. zu ziehen. Was es zeigte sich bald, daß diese Politik die richtige war. Die Erklärungen des Ministers Grabnauer in der Volkshammer zeigten, daß die Entwicklung nach rechts gegangen war und in ihr war für Sozialisten nichts mehr übrig. Grabnauer habe abgelehnt, die U. S. P. als Kontrollinstanz auf die Gesetzgebung zuzulassen. Genosse *Fleischer* habe damals gefordert, daß in der Verfassungswortlage das Minderheitsverbot werde, woran die Regierung gar nicht gedacht habe. Redner geht dann eingehend auf die einzelnen Anträge der U. S. P. ein, die aber größtenteils am Verhalten der S. P. D. scheitert seien. Besonders Grabnauer wollte der Waffe Sand in die Augen streuen. Die U. S. P. - Fraktion sollten in Betriebsräten begradigt werden. Die weiteren Ergebnisse in der Volkshammer haben die Regierung zur Gewaltpolitik getrieben (mit Belagerungszustand und Schulpflicht). Dies wurde von den bürgerlichen Parteien zu ihrem Vorteil benutzt. Nachdem das Bürgerturn versucht hatte, in verlogener Weise die Zustände in Leipzig darzustellen, habe die U. S. P. - Fraktion der Regierung bewiesen, daß sie die revolutionären Erzeugnisse der Leipziger Arbeiterschaft erklärt habe. Durch die fortschreitenden Anträge der Bürgerlichen, besonders des Leipziger Abgeordneten Meule-Gliedert, beeinflusst, habe kurz vor den Osterferien der Präsident der Volkshammer in einer Rede den Belagerungszustand über ganz Sachsen gefordert, und dem Genossen *Lipinski* wurde auf diese Provokation hin das Wort verweigert. Dieser Belagerungszustand war im Einvernehmen mit der Reichsregierung gut vorbereitet. Damals haben sich die S. P. D. - Blätter wie die reaktionärsten gebärdet und die Arbeitermassen auseinandergehert. Deshalb habe die U. S. P. eine Interpellation auf Aufhebung des Belagerungszustandes eingebracht. Grabnauer habe daraufhin eine neue Beschränkung gegen die U. S. P. und S. P. D. gehalten. Darin hätte der Belagerungszustand zu rechtfertigen, indem er sogar auf Befehl von 1887 zurückging. Dadurch, daß die sächsische Regierung die Reichsregierung zur Verhängung des Belagerungszustandes aufhorchte, hat sie die Ungeheuerlichkeit deselben zugegeben. Bei der Interpellation der U. S. P. über die Neuwahl des Leipziger U. S. P. - Kreis hat heraus, daß die Regierung keine gesetzlichen Grundlagen gehabt habe, den U. S. P. aufzulösen. Bei dieser Gelegenheit seien die schamlosesten Reden von Leipziger S. P. D. - Abgeordneten gehalten worden. Redner geht darauf auf die Erwerbslosenunterstützung ein. Eine Interpellation der U. S. P. habe die Vereinfachung der Mittel vom Reich gefordert.

Bei allen Vorlagen, die von der Regierung selbst kamen, wurde von der U. S. P. - Fraktion die Notwendigkeit der Sozialisierung betont. Aber die Regierung zeigte sich solchen Forderungen unzugänglich. Eine Sozialisierungskommission wurde abgelehnt. Nachdem Redner eingehend die Stellung der U. S. P. - Fraktion in der Lebensmittelfrage darlegt, kommt er zum Haushaltsplan und zur Steuerfrage. Der Antrag der U. S. P. die Steuer auf die Zahlungsfähigen abzuwälzen, sei von der S. P. D. abgelehnt worden. Bei der Feuerbestattungsfrage seien auf Antrag der U. S. P. die alten Bedingungen erleichtert worden. Die Vorlagen über Gemeindevorstellung und Vertretung seien ein praktischer Erfolg der U. S. P.; die die Vereinfachung des Zweikammersystems, des Gemeindevorstellungens und des anschlaggebenden Stimmrechts der Gemeindevorstellung und Bürgermeister forderte. Selbst bei diesen Forderungen habe die S. P. D. verweigert. Noch wichtiger ist die Schulfrage. Die Regierung habe sich auch hier von ihrem früheren Standpunkt, nämlich von der Trennung von Religion vom Unterricht, Befreiung von Direktoren, Selbstverwaltung durch die Lehrer, entfernt. Was im Volkshausgebet erreicht ist, sei ein Erfolg der U. S. P. Trotz der geringen Zahl im Parlament, seien sie in vielen Punkten entscheidend gewesen, und deshalb war die Tätigkeit nicht fruchtlos.

Seit vorgestern nahm die Landesversammlung die Referate der Genossen *Lipinski* und *Seger* entgegen, worauf um 12 Uhr in die Debatte eingetreten wurde.

Rebellen.

Von Eugen Schirrow.

Einzig autorisierte Uebersetzung von T. Stein.

Nachdruck verboten.

Im Hause und im Nebengebäude schlafen alle. Ruhiger als alle schlummerte die kleine, rüchliche Manitscha. Das Bewußtsein, daß alles gut abgelaufen war und daß sich hier, nebenan, der Polizeikommissar befindet, verschlechte alle ihre Befürchtungen, und sie lächelte sich in dem großen Bett neben ihrem grauen Mojappa sehr behaglich. Sie hatte schon lange nicht so süß geschlafen und so umgürtet, wie ein kleines Mädchen in ihrem Sitterbetten.

Als der Morgen anbrach und dichter Nebel sich über dem Teiche zusammenballte, während das Herrenhaus wie eine Rüstschneidung im Halbmond schweißsam und feucht aussah, als alles ringsum, wie begehrt vom Zauber der langen Nacht, den Atem anhielt und sogar der beharrliche Regen im Garten zu raschen aufhörte, zogen wunderliche, menschliche Gestalten, im grauen, dichten Nebel kaum sichtbar, den Berg hinauf. Ein Teil dieser gespensterhaften Gestalten bewegte sich zur Pforte des Herrenhauses hin, während die übrigen auf dem Wege hinter dem Gute verschwanden. Und plötzlich geläut durch die Stille des grauen Morgens ein schriller Pfiff.

Unter Schreien und Weifen sprangen Menschen im Herrenhause umher und die Scheunen für trachte unter wuchtigen Ästchen. In einer wahren Hysterie schrien die Menschen mit heiseren Stimmen, und dieses Geschrei weckte die Schlafenden und erfüllte sie mit Furcht und Beben.

Der Polizeikommissar fuhr in seinem Bett auf, horchte, sprang mit einem Satz aus dem Bett, riß seinen Revolver unter dem Kopfkissen hervor und hing an durch die Zimmer zu laufen. Schwer atmend, kämpfte er hartnäckig auf den Fußboden, blieb hier und da stehen und rannte wieder hin und her, als verfolgte ihn jemand. Die Furcht hatte diesen herrschsüchtigen, harterzigten Menschen erfasst und ihn zu einem harmlosen, nützlichen, lächerlichen Wesen gemacht.

„Gott, o Gott! jetzt! jetzt!“ schrie er vor sich hin und meinte wie ein kleine Knabe, der seine Mutter auf der Straße verloren hat. Er lauerte in Sinaida Nikolajewnas Schlafstube hinter dem großen, von der Großmutter geerbten Kleiderschrank zu Boden und schlugte, den Revolver in der Hand haltend.

Manitscha schlief so fest, daß sie geweckt werden mußte.

„Es geht los! — rief Mojappa aufgeregt, seine Stiefel schnell anziehend. — Manja! Es geht los!“

Manitscha konnte nicht sofort begreifen, was eigentlich losgehe; als sie jedoch sah, daß ihr Mann die Doppeltürschwelle von der Wand nahm, sprang sie aus dem Bett und umschlang die haarigen Beine Mojappas mit ihren Armen:

„Ich lasse dich nicht! Ich lasse dich nicht!“

Ein Fenster ihrer Wohnung ging in den Garten hinaus. Mojappa öffnete mit bebenden, unfähigen Händen das Fenster, ließ die Frau in den Garten herab und warf ihr die Mütze, eine rote Frieddecke, ihre Strümpfe und einen ihrer Schuhe nach.

Fertig! rief er und sprang selbst auch in den Garten hinaus. Unter der Bäumung stand eine alte Gartenlaube voll Wirtschaftsgartengerät. Dort lagen sie hinter Schuttkarren verstreut, mit der Decke zugebedeckt, starrten vor Furcht und Rälte und lauschten dem fernem Geschrei und Geräusch im Herrenhause. Es trachte ein Schuh, ihm amvorierte das Gewebe der Fingerringe.

„Gott! Manitscha!“

Manitscha fuhr zusammen und schmeigte sich an ihren Mann.

„Was ist das, Mojappa?“

Der Polizeikommissar hat das Feuer eröffnet.

Wiederum trachte ein Schuh, wiederum erlösten die dumpfen Stimmen der Bauern und wiederum rief Mojappa: „a-ha!“

Er ist ein tapferer Held! — schrie Manitscha und schmeigte sich wieder an Mojappa.

Sie sah den Kommissar in molerischer Stellung vor sich, wie er mit den Bauern kämpfte.

Ihrer sind viele, er aber ist ganz allein, er kämpft wie ein Ritter und fesselt seine Feinde einen nach dem andern nieder. Er wird siegen. Er war im Kriege, er ist furchtlos!

In Manitschas kleinem Herzen wuchs das Gefühl der Ehrung und Dankbarkeit, fast Ehrlichkeit für den Geliebten. Jetzt sah der Kommissar das Revolver in der Hand sprang er auf die Treppe hinaus und gab einen Schuß in die Luft ab. Die Bauern gerieten in die äußerste Eile, und schrien, im Gose hin und her laufend: „Brüder! Brüder! Er schießt wieder!“

„Ach, diese Räuberhände!“

„Brüder! Ergreift ihn!“

„Nachom! stürzte mit rollenden, funkelnden Augen, mit geschwungenem Beil zur Treppe.

Der Kommissar feuerte, ihm gerade auf die Brust zielen, schloß aber. Nachom stürzte ihm zu Füßen und rief ihn mit einem Ruck von der Treppe herunter. Und über dem zu Boden stürzenden Kommissar blinnte das Beil in der Luft und sauste hindurch nieder, in das Gesicht einbringend und die Knochen zermalmend.

Man schrie die Befreiten aus der Scheune zur Pforte des Gutes hinaus, und freudiges Géläch rauschte den Berg hinauf, den herbeistürzenden Bauern und Weibern entgegen.

„Gotta, Brüder?“

„Gotta — a — a!“

Sie gingen den Berg hinunter. Der Arm wurde schwarz, die Hände schienen immer mehr und verlor sich schließlich im dichten, grauen Nebel.

„Sind sie fort?“ — fragte Manitscha und schaute erleichtert auf. Sie wurde plötzlich von einem heftigen Gitteranfall ergriffen; ihre kleinen, weichen Jähzähne klapperten, und sie lächelte das milde, schwache Lächeln eines Menschen, der eben einer furchtbaren Gefahr entkommen ist.

„Er ist tapfer... furchtlos tapfer! Wie lieb er ist... ich verabschiede ihn!“

Und Manitscha drückte ihrem grauen Mojappa festig den Oberarm.

(Fortsetzung folgt.)

Ernst Haeckel †.

In der Nacht zum Sonnabend ist Ernst Haeckel in Jena gestorben.

Unsere Zeit ist eine Zeit eines eigenartigen Kampfes der Geister. Die Gedanken der Philosophie, der Wissenschaft sind auf dem Wege, Gemeingut des Volkes zu werden. Nicht bloße, dogmatische Formeln, sondern lebendige, aufgesunnenfähige Ideen voden an der Pforte der menschlichen Gesellschaft. Sie sind verdämmt, wie sie es vor 50 und 40 Jahren schon waren, daß sie den Umsturz bringen auf traditionell geerbten Gebieten der Kirche, des Staates. Dagegen wird mobil gemacht von den bedrohten Gewalten, alle Mittel werden aufgegeben, um die Reperen zu unterdrücken. Der Feind, der diesen Wogenprall um seine Füße spielen läßt, trägt den Namen Haeckel, den Namen des Mannes, der länger als ein halbes Jahrhundert in diesem selben Kampfe seinen Mann gestanden hat. Mit allen Waffen des Geistes hat er sich abfinden müssen, um schließlich doch als der Sieger dazustehen. Im Namen Haeckel verkörpert sich uns ein Zeitraum des Fortschrittes nicht nur der Wissenschaft, sondern recht eigentlich des gütigen Lebens des Volkes. Nur selten wird die Menschheit beglückt mit einem Geiste, der so allgemein befruchtend zu wirken vermag. Denn man immer bewie eine Weltanschauung sich gestalten mag, da wird die Geistesarbeit des verstorbenen Helden der Wissenschaft bewußt in die Dogmatik fallen. Die Worte Darwinismus, Entwic-

lungsgeschichte sind untrennbar verknüpft mit dem Namen Haeckel, verknüpft seit mehr denn 50 Jahren.

Zu einer Zeit, in der auf dem Gebiete naturwissenschaftlicher Forschung sich neue Wege anbahnten, als Kölliker, Virchow, Gegenbauer, Schleiden die Geheimnisse des Baues der Lebewesen enthüllten, mußte der klare Kopf eines geborenen Forschers sich bedingungslos diesem Wege auf dem Suche nach der Wahrheit weihen. Bedingungslos, das heißt frei vor allen Dingen von allen diplomatisch empfehlenswerten Freßeln.

Natürlich baute sich auch Haeckels Lebensarbeit auf auf dem, was seine Lehrer, seine Mitarbeiter geg ben hatten. Und kaum hat jemals ein Mann, der so hoch dastand, mit gleicher Liebe und Dankbarkeit aller ihrer Anregungen gedacht, mochten selbst die Zeiten aus seinen Mitarbeitern bittere Feinde gemacht haben.

„Der Darwinismus ist endgültig abgetan!“ Wie oft hörte und las man seit einem Menschenalter diesen Satz. Gemeint war damit immer, man habe nun endlich den lästigen Haeckel totgeschlagen. Nur merklich, wie 1863 in Stettin und 1877 in München, wo Virchow, sein einstmaliger Lehrer und Mitarbeiter in gleicher Weise beziehung, sich mit einer Verbeugung vor der Kirche und dem Herrscher Staat von ihm und gegen ihn wandte, — alle diese Angriffe, selbst die ihn in kleinlicher und geschäftlicher Form der Fällung ziehen, sind machtlos abgeprallt an der ehernen Rüstung der Wahrheithaftigkeit des kampffreudigen Streitlers.

Darwinismus! Ja, für uns Deutsche ist die Lehre des großen Engländer durch den Mund Haeckels zu dem Angelpunkt der modernen Weltanschauungsfrage geworden. Das jugendliche Feuer des Währigen rief es hinaus in die Welt: „Hier ist der große Gedanke, der unser Forsche, unser Denken beherrschend muß.“

Keine philosophischen Spitzfindigkeiten waren zur Begründung der Entwidlungslehre nötig. Der Mann der Tatsachen stand auf dem Plane, dem der Zoologe die Lehre erster Forscherstätigkeit nicht abstreiten konnte. Was dem Schiller, der Pflanzen sammelte, schon Anlaß zum Denken gegeben hatte, das Aufstreten verbindender Zwischenformen zwischen den verwandten Arten, das wuchs jetzt dem Forscher zum Beweise heran für das bedeutame Geeg des Zusammenhanges der Lebewesen, ob Tier, ob Pflanze, als Zweige eines großen Stammbaumes, des Stammbaumes des Lebens, ja noch darüber hinaus des Zusammenhanges mit dem leblosen, der untrennbaren Zusammenhörigkeit aller Teile des Weltalls vom Fixen und Rebellet bis zum Molekel, dem Baustein der Welten.

Und so erkand in ihm der Philosoph der neuen Zeit, der nicht des Naturforschers Aufgabe darin erblickte, die Gebilde der Natur zu erschließen und in die Schöpfächer des Systems hineinzupressen, der nicht die Tatsachen zu Antworten zu zwingen suchte, die in sein System paßten, sondern der frei vor die Natur hintrat als seine Beherrscherin, um ihr den Pulsschlag des Lebens abzulauschen; dem solcher Gestalt sich die Vollst des Naturgeschehens erschloß und mit ihr der Grundkern der Schönheit der Welt. Die Schönheit zu erfassen half ihm seine unerschöpfbare Künstlernatur, ja, wir dürfen sagen: Dichternatur. Wer seine Darstellungen in Wort und Bild kennt, der wird es verstehen, daß ihm die harmonische Form der Naturkörper beglückend mußte. Aber dem besonnenen Denker trat die Gesetzmäßigkeit hinzu, eine Gesetzmäßigkeit, deren Ausdruck nur in der Entwidlungslehre zu finden war.

Leicht ist heute das Wort Entwidlungslehre ausgesprochen, hinter dem sich eine Ansumme tiefstehender, erster Forscherarbeit birgt. Nicht so leicht ward es dem ersten Verkünder dieser Gedanken. Die Freunde waren zu zählen, die zu ihm standen. Mochte er auch einsam stehen, der Mut des überzeugten Wahrheitsluchers — die ach! so selten sind, — verließ ihn keinen Augenblick. Selbst als er im Schmerz um den Verlust der Gattin glaubte untergebrochen zu sein, schrieb er im Sinne eines letzten Vermächtnisses seine „Generelle Morphologie“ (1868). Hier, in diesem recht eigentlich als Haupt- und Lebenswerk zu betrachtenden Werke, legte er sein philosophisches Bekenntnis nieder. Aus der Feder des erst 32-jährigen floß es und wurde ein naturphilosophisches System ersten Ranges, das der zurückgebrügten und verachteten Naturphilosophie die ihr gebührenden ersten und Ehrenplatz eroberte. Angelehnt der Form des Naturobjektes galt es zu denken, und es galt auch, der Phantasie — nicht der regellosen, ungezügelten Phantasterei — ihren Platz zu sichern. Der Zellenstaat, der aus dem Protistenreich emporblüht bis zu dem denkenden Gehirntier, dem Menschen, bot ihm die Form, das Denken gestaltete die Gesetze, vor allen Dingen das „biogenetische Grundgesetz“ das unverkündet, daß in der Entwidlungsreihe der Organismen die Entwidlungsreihe des Einzelwesens, die Ontogenie, wenn auch verkürzt, ja viellecht durch fremde Einflüsse verläßt, ein Abbild der Phylogenie, des Entwidlungsbeuges der ganzen Art darstellt.

Und hinter diesem gleichmäßigen Geschehen stand das höhere Gesetz der allgemeinen Kausalität, des ursächlichen Zusammenhanges, das nun nicht mehr leere Phrasen blieb, sondern tatsächlich und handgreiflich in die Erscheinung trat. Hier lag aber auch der Ausgangspunkt, von dem aus den bestehenden Ueberlieferungen Angriffe drohen konnten. Denn wenn vernunftgemäß die Folge der Kausalität die unabänderliche Notwendigkeit sein mußte, so mußte hier der Kampf entbrennen um die Kränkenüberlieferungen, um die traditionellen Staatsformen. Sie waren gewordenen Formen, — wenn sie sich überlebt hatten, mußten sie neuen, besseren Formen weichen.

„Oft hat man Haeckel vorgeworfen, er sollte an Stelle des alten Dogmas nur sein eigenes, neues setzen. Die ferne lag ihm der Gedanke jederzeit. Freilich gehörte er nie zu den Vorden und Halben, die um des lieben Friedens willen einen Teil des als wahr erkannten preisgaben. Und das war das Recht des freien Forschers, daß er offen und radikal seine Ueberzeugung verkündete. Des Menschen Unvollkommenheit schloß ihm ja nicht vor Freitümpeln. Und Haeckel hat nie geögert einen Irrtum zu berichtigen. Mit seinem Beispiele zeigte er, wie man durch Irrtum zur Wahrheit vordringen muß. Daß ihm auf diesem Wege schließlich viele, ja das deutsche Volk nachfolgte, oder nachzusehen versuchte, liegt nicht an dem neuen Dogma, sondern ist begründet in der überzeugenden Gewalt der Wahrheit, deren Verkündung wir ihm danken. Und wenn diese pfeifen in einer Weltanschauung, die mit der Jahrtausendalten in Widerstreit gerät, so muß dieser Kampf ehrlich ausgesprochen werden bis zur letzten Klärung der Fragen.“

Die Einheitlichkeit der Gesetze, alles Naturgeschehens, die reiflos die unlebliche Natur wie alle Lebensanhebungen der belebten Welt, körperliche und seelische umspannt, ist die Grundlage der Haeckelschen Weltanschauung, des Monismus, um den heute der Kampf geht.

Daß die Welt, die in diesem hellen Lichte geschant wird, nicht nur dem Bestande sittlichen Nahrung bietet, sondern auch das Bedürfnis nach Schönheit und ethischer Wertung zu befriedigen vermag, hat kein anderer als Haeckel selbst wieder wachsend zu zeigen verstanden, Haeckel der Schönheit: wachsende Wandler durch die Reiche der Natur. Nicht die Sucht, eine neue Kloster zu finden, trieb ihn zu seinen Stüb n; seine Arbeiten geben davon Zeugnis, mit wie innigem Genuß er die Schönheit der Radiolarien, der Strahltiere, der Medusen, der Staatsqualen auf sich wirken ließ. Und man braucht nur sein Wort: Kunstformen der Natur zur Hand zu nehmen, um zu der Ueberzeugung zu kommen, wie ernstlich es ihm darum zu tun war, von seinen Freunden auch andern reichlich mitzutreiben.

So sprach er vor 20 Jahren im Worte zum deutschen Volke, so suchte er aber auch die Verbindungsbrücke des Denkens zum

Volke zu schlagen in seinen Beiträgen, die so recht eigentlich den Streit zwischen den zwei Herrlagern der alten und neuen Weltanschauung entfachten.

Vor 50 Jahren, ja noch vor 40 Jahren stand der Älteste Haeckel noch fast allein auf dem Plane. Jetzt kämpft er mit ihm, für ihn ein Heer von Schülern; über auch von seinen Schülern eine Anzahl gegen ihn, und selber noch dazu mit nicht gerade unedeligen Waffen. Aber seine Schüler haben das Volk hinter sich, das Haeckels Schritte geweckt haben zum Denken, zum Ringen um die Freiheit des Denkens, des Forschens.

Mit der reiflosen Arbeit seines langen Lebens um das eine große Ziel der Weltanschauung im Sinne des einheitlichen Weltgeschehens hat er die höchste Entwidlungsform des Lebens auf der Erde reiflos eingefügt in diese Einheit. Er hat dem Leben den höchsten Wert des Fortschrittes beigelegt, auch dem Leben des Menschen und damit eine neue Begründung aller Grundgesetze der Ethik gegeben, wie sie aus dem Bewußtsein der Einheit des Menschengeschlechtes, der Einheit der Natur entspringen mußten. Kein neues Sittengesetz entstand so, nur die ältesten Gelege des sozialen Lebens erhielten den neuen Geist, den neuen Inhalt. Wer für sie sich selbst einsetzt, so wie Haeckel für seine Ueberzeugung als sein Verklagter jederzeit ohne Wanken eintrat, der hat von Haeckels Lebensarbeit die wertvollste Frucht gernet.

Nun ist er aus der Mitte der Lebenden geschieden in sechsundachtzigsten Lebensjahre, nachdem er schon eine Reihe von Jahren sich zurückgezogen hatte von der liebgewonnenen Arbeit des Forschers und Lehrers, ohne dabei die Fühlung und den Zusammenhang mit der Wissenschaft aufzugeben. Denn bis zum letzten Tage war die Arbeit der höchste Genuß des geistig regen Greises. Und wenn auch schon lange keine Schärfer lerndürstiger Schüler sich mehr um einen Lehrstuhl Haeckels drängte, seiner Arbeit Geist durchweicht doch mit frischem Hauch noch heute die Alte und Junge, deren Streben und Ziel dem Suchen des Wahren gewidmet ist. So wird er einen bleibenden Markstein bilden in der Geschichte menschlicher Forschung. Das wird der Lohn sein für seine unermüdete Arbeit im Dienste der Wahrheit.

Dr. Popitz.

Ernst Haeckel wurde geboren in Potsdam am 16. Februar 1834 als zweiter Sohn des Regierungsrates Carl Haeckel. Noch im gleichen Jahre wurde der Vater nach Weisburg versetzt, wo der Knabe dann aufwuchs. Mit 18 Jahren verließ er das Gymnasium, um in Würzburg, Berlin und Wien Medizin und Naturwissenschaften zu studieren. Nach kurzer Tätigkeit als Arzt in Berlin habilitierte sich Haeckel in Jena als Privatdozent der Zoologie und erhielt dort 1862 die außerordentliche, 1865 die ordentliche Professur der Zoologie. Vor einigen Jahren gab er seine Lehrtätigkeit auf, war aber gleichwohl bis zur letzten Stunde seines Lebens noch tätig und zwar in voller geistiger Frische.

Kleine Chronik.

Leoncavallo gestorben. Nach einer Neuermeldung aus Rom. In dort der italienische Komponist Ruggero Leoncavallo gestorben. Dem deutschen Publikum ist er bekannt vor allem durch seinen Bajazzo, dieser wirkungsvollen, immer wieder podenden einmaligen Oper, die zuweilen zusammen mit der gleichwertigen Oper Mascagnis, Cavalleria rusticana, gegeben wird. Seine übrigen Werke haben weniger eingeschlagen. Zu bemerken wäre noch, daß er 1904 im Auftrag Wilhelms des Letzten eine Oper: Der Roland von Berlin geschrieben hat, die von der byzantinischen Presse sehr gelobt, von der ersten Kritik aber als minderwertig abgelehnt wurde. Leoncavallo war geboren zu Reapel am 8. März 1858.

Tanzmünz und Krankheit. Dr. Rosenberger hat im Herzlichsten Verein Münzens darauf aufmerksam gemacht, daß auch die Tanzmünz, die wie eine Epidemie nach dem Kriege ausgebrochen ist, zur Verbreitung von ansteckenden Krankheiten besonders viel Veranlassung bietet. Es handelt sich dabei nicht nur um ansteckende Krankheiten, die jetzt häufiger sind als je, sondern auch um die gefährlichen Peiden, die mit dem vor dem Kriege in Deutschland nur ausnahmeweise bekannten, jetzt aber namentlich von den östlichen Kriegsschauplätzen in Masse eingeschleppten Ungeistes im Zusammenhange stehen. Zu diesem tritt auch noch die Krankheit, die seit biblischen Zeiten her als die furchtbarste gilt und in Deutschland seit langem glücklicherweise fast ganz unbekannt gewesen ist, nämlich der Kussg. Es ist kein Zweifel, daß deutsche Soldaten an mehr als einer Stelle Gelegenheit gehabt haben, mit Ausfälligen in Berührung zu kommen, insbesondere in den Ostprovinzen sowie in Finnland und auf der Halbinsel Krim. Am gefährlichsten sollen diese Begegnungen bei Kriegsgefangenen gewesen sein, worauf die Behörden und Ärzte noch besonders zu achten haben werden.

Leipziger Puppenspiele. Dienstag und Mittwoch sind um 3 Uhr Kinder- und Jugendvorstellungen im Volkstümlichen Marionettentheater auf dem Neuplatz. Am Mittwoch findet außerdem um 7 1/2 Uhr eine Abendvorstellung statt.

Zoologischer Garten. Im Terrarium ist die Ausstellung einer Seidenraupenzucht. Morgen Dienstag ist „Villiger Tag“. Eintritt für Erwachsene 55 Pfg., für Kinder 30 Pfg. Nachmittags 4 bis 10 Uhr großes Konzert von der Leipziger Harmoniemusik unter Leitung des Herrn Musikdirektor Giltis. Mittwoch, den 13. August, abends 7 1/2 — 11 Uhr, Elite-Konzert, „Großer Richard-Wagner-Abend“ vom Leipziger Tonkünstler-Orchester.

Eingelaufene Schriften.

Neuer Eripien. Eine Uebersetzung mit den Rechtssozialisten. Eine Rede. Preis 50 Pfg. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H. Berlin N. W. 6 Schiffbauerdamm.

Der Neue Mensch. Zeitschrift für naturgemäße Lebens- und Staatsreform, freies Menschentum und neueste Kultur. Jahresabonnement 6 Mark, Einzelheft 60 Pfg. Neunkultur-Verlag, Berlin W. 6.

Das gelbe Blatt. Sondernummer Der Arbeiter. Herausgegeben von Willi Verberich und Dr. Adolf Heiß. Preis 60 Pfg. Stuttgart. Dr. Karl Hoffmann. Das Doppelgesetz der Revolution. Verlag von Fr. W. G. Grunow, Leipzig. 1910. Stoff broschiert 1.25 Mk.

Charles Sealsieb, Deisterreich, wie es ist. Geb. 11 Mk. Kunstverlag Anton Schroll u. Co. G. m. b. H. Wien I, Graben 20.

Lucius, Götzen der Dummheit. Gedanken zur neueren Zeit. 2 Mk. Verlagshandlung Carl Koenen (Ernst Stillsingel), Wien.

Klara Zeiln. Rose Luxemburg und Karl Liebknecht. Mit Anhang: Die letzten Aufträge von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht: I. Die Ordnung herrscht in Berlin. II. Trotz Alledem! Preis 40 Pfg. Verlag der Roten Fahne, Berlin 1910.

Karl Radek. Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat. Preis 10 Pfg. Kommunistische Bibliothek Nr. 2. Verlag der Roten Fahne, Berlin.

Walter Hasenclever. Der politische Dichter. Zweite Ausgabe von Umsturz und Aufbau. Preis 1 Mk. Ernst Rowohlt Verlag, Berlin W. 35.

Das neue Reich seit 18 (Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit). Preis des Einzelheftes 30 Pfg., vierteljährlich 3 Mk. Kommissionsverlag W. Moser, Berlin E. 14, Stallstraße 17. 31/35

Der mit Spannung aus Schweden erwartete Sensationsfilm

Panopta oder: In den Krallen des Frauenräubers

ist eingetroffen und wird ab morgen Dienstag in Erstaufführung nur in den **Lichtspielen Alberthalle** im Krystallpalast gezeigt.

Panopta hat 4 Abteilungen je 5 Akte.

Panopta ist der stärkste und beste Sensations-Detektiv-Film der Gegenwart.

Panopta übertrifft den Hund von Baskerville bei weitem.

Versäumen Sie nicht, sich den I. Teil anzusehen. Der II. Teil, welcher in Wildwest spielt, folgt in Kürze.

Ausserdem das reichhaltige Beiprogramm.

Anfang: Sonntags 3 Uhr, Wochentags 4 Uhr.

Anfang: Sonntags 3 Uhr, Wochentags 4 Uhr.

Umfliche Bekanntmachungen.

200 Mk. und 10% des Wertes des Wiedererlangten als Belohnung

In der Nacht zum 8. August d. J. sind aus einem verschlossenen Laden in der Dresden Straße mittels Einbruch folgende Sachen gestohlen worden:

- 10 Stücke graue Fahrraddeden aus Gummi mit der Beschriftung „Dollad“
- 4 Stücke graue Fahrraddeden aus Gummi mit der Beschriftung „Continental“
- 3 Stücke graue Fahrraddeden aus Gummi ohne Marke
- 20 graue und rote Fahrrad-Luftschläuche, im Gesamtwert von 2470 Mk.

Auf die Ermittlung der Täter werden 200 Mk. Belohnung ausgesetzt und vom Wiedererlangten 10% des Wertes.

Schättsache Mittelungen werden erbeten an die Kriminalabteilung zu Kr. V. A. I. 8207/19.

Leipzig, den 9. August 1919.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Verteilung von Nahrungsmitteln unter städtischer Aufsicht.

Es werden zugeteilt:

- auf die Marke 10 E und K der allgemeinen Lebensmittelkarte, Reihe J, 250 Gramm Teigwaren,
- auf die Marke B 2 und 3 der Einfuhrzulasskarte, Reihe B, für die Personen, die darauf kein Auslandsfleisch angemeldet haben, für Erwachsene und Kinder, je 250 Gramm Teigwaren; die beiden Marken sind zusammenhängend abzugeben,
- auf die Marke 1 E und K der neuen allgemeinen Lebensmittelkarte, Reihe K, 250 Gramm Gaserfoden oder 250 Gramm Hülsenfrüchte,
- auf die Marke 2 E und K der neuen allgemeinen Lebensmittelkarte, Reihe K 250 Gramm Suppen,
- auf die in einem Streifen abzugebenden Fleischmarken A 1-5 (nicht Sondermarken A 1-5) für die Personen, die darauf kein Fleisch angemeldet, 125 Gramm Suppen,
- als Ersatz für etwa ausfallende Kartoffeln in der Versorgungswoche vom 19.-25. August auf die Kartoffelmarke B 10 der Kartoffelkarte 250 Gramm Kartoffelmehl, Gaserfoden und Hülsenfrüchte sowohl als auch Suppen werden ohne Wahlrecht für den Käufer ausgeben.

Der Preis beträgt für:

250 Gramm Teigwaren	35 Pfg.
250 Gramm Gaserfoden, 250 g-Pakete	45 Pfg.
250 Gramm Gaserfoden, lose	31 Pfg.
250 Gramm Hülsenfrüchte	65 Pfg.
500 Gramm Hülsenfrüchte	125 Pfg.
250 Gramm Kartoffelsuppe	45 Pfg.
250 Gramm Kriegssuppe Nr. 2	40 Pfg.
250 Gramm Gaserfuppe	55 Pfg.
250 Gramm Gerstensuppe	45 Pfg.
500 Gramm Gerstensuppe	85 Pfg.
250 Gramm Suppe Nr. 27	55 Pfg.
500 Gramm Suppe Nr. 27	105 Pfg.
250 Gramm braune Suppe Nr. 1	45 Pfg.
250 Gramm Nährsuppe	45 Pfg.
250 Gramm Kartoffelmehl	35 Pfg.

Verbraucher: Markenabgabe beim Kleinhändler bis Dienstag, den 12. August.

Kleinhändler: Markenabgabe an den Obmann Mittwoch, den 13. August.

Bezugseinstellung: der Kleinhändler und Obmänner in der Bezugseinstellung **Schulstraße 1, Donnerstag, den 14. August**, in der bekannten Ordnung. Danach sofort Vorlegung der Bezugskarte an die Verteilungszentrale für Gries und Graupen am **Schalter 26**.

Die Marken sind für jede Ware getrennt zu verpacken und mit getrenntem Bieferchein einzuliefern.

Die Entnahme der Ware durch die Verbraucher hat spätestens vom 26. bis 27. August zu erfolgen.

Die Verteilungsordnung für die auf die allgemeine Lebensmittelkarte auszugebenden Lebensmittel vom 1. August 1918 findet allenthalben Anwendung. Leipzig, den 9. August 1919. Ern.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Berichtigung zur Pferdeversteigerung in Ithekla

am 12. August 1919.

Nach neuer Verfügung des Reichsverwertungsamtes wird bei der Versteigerung in Ithekla keine Kriegsanleihe in Zahlung genommen. Der letzte Absatz in der Bekanntmachung vom 8. August 1919 kommt in Wegfall.

Garnisonkommando Leipzig.

Fahrpländerung.

Zur Entlastung des Auges 888 Leipzig (ab 1900)-Raumburg wird der Güterzug 6056 zwischen Gohlis-Guttrich und Corbeha für die Personenbeförderung 8. u. 4. Klasse freigegeben. Der Zug verkehrt wie folgt:

Gohlis-Guttrich ab 12⁰⁵, Gohlis-Wöckern ab 12¹⁴, Leusch ab 12²⁵, Rüdmarvor ab 12³⁵, Müttz ab 12⁴⁰, Marxfrankfurt ab 1⁰¹, Großleha ab 1⁰⁸, Röschau ab 1¹⁴, Dürrenberg ab 1²⁵, Corbeha an 1⁵⁴. S. L. C. (Soale), im August 1919. Eisenbahndirektion.

Sonderzuweisung von amerikanischem Weizenmehl.

Auf die Marken B 6 der blauen und gelben Einfuhr-Zulasskarten, Reihe B werden je 1/2 Pfund besten amerikanischen Weizenmehls zu Kochzwecken oder 1/2 Pfund inländisches Weizenmehl oder Ausmahlung nach freier Wahl des Käufers zugeteilt. Der Inlandmehl zu haben wünscht, hat dies bei der Markenabgabe zu erklären, andernfalls erhält er amerikanisches Mehl zugeteilt.

Der Preis für 1/2 Pfund amerikanisches Weizenmehl beträgt 48 Pfg., für 1 Pfund 85 Pfg., für 1/2 Pfund inländisches Weizenmehl oder Ausmahlung 15 Pfg.

Die Großverpacker haben die vorgenannten Marken dem Ernährungsamt zurückzugeben, wenn sie die nächste Wahlkarte entnehmen. Es ist ihnen untersagt, das Auslandsmehl zu verkaufen.

Auf Grund der von der Entente gestellten Bedingung wird für die während der Ausgabe der Zuweisung schuldhaft arbeitslosen Personen die Entziehung der Sonderzuweisung vorbehalten.

Abgabe der Marken durch die Verbraucher **nur in den Nahrungsmittelhandlungen bis Dienstag, den 12. August**. Wer seine Marken bei einem Bäcker abgibt, erhält kein Mehl zugeteilt.

Ablieferung der Marken seitens der einer Obmannschaft angehörenden Kleinhändler an den Obmann **Mittwoch, den 13. August**.

Markenablieferung und Entnahme der Bezugskarte durch die Kleinhändler und Obmänner in der Bezugseinstellung, Marktgrafenstraße 8, **Donnerstag, den 14. August** in der bekannten Ordnung.

Für den Bedarf an amerikanischem Mehl und für den Bedarf an inländischem Weizenmehl haben die Nahrungsmittelhändler und Obmänner je einen besonderen Bieferchein zu verwenden. Zuschläge für Kleinhändler und Obmänner wie bisher.

Die Bezugskarte (Auslieferungsscheine) sind sofort nach der Entnahme durch die Kleinhändler und Obmänner der Verteilungszentrale für Gries und Graupen am Schalter 26 vorzulegen. Nicht rechtzeitig erscheinende Händler und Obmänner können auf Zuteilung des Mehles aus technischen Gründen nicht rechnen.

Entnahme des Mehles durch die Verbraucher in den Nahrungsmittelhandlungen vom 18. bis 22. August.

Die Verteilungsordnung für die auf die allgemeine Lebensmittelkarte auszugebenden Lebensmittel vom 1. August 1918 findet allenthalben Anwendung. Leipzig, am 9. August 1919. Ern.-A. I. Der Rat der Stadt Leipzig.

Verkauf von Kunsthonig oder Marmelade unter städtischer Aufsicht.

Auf die Marken 20 E und K der allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe J werden je 1/2 Pfund **Kunsthonig oder Marmelade** zugeteilt, ohne Wahlrecht für den Käufer. Der Preis beträgt für 1/2 Pfund Kunsthonig 40 Pfg., ausgepackt 30 Pfg., für 1/2 Pfund Marmelade 65 Pfg.

Verbraucher: Abgabe der Marken beim Kleinhändler bis **Dienstag, den 12. August**.

Kleinhändler: Entnahme der Bezugskarten in der Bezugseinstellung **Schulstr. 1, Mittwoch, den 13. August**.

Die Ware wird durch die bekanntgemachten Bagerstellen der Lebensmittel-Versorgungs-Gesellschaft Leipzig m. b. H. ausgegeben und zwar **am 14. und 15. August**.

Die Mitglieder des Wareneinkaufvereins Leipziger Kaufleute und des Einkaufvereins Leipziger Produzentenhändler haben die Ware vom Bager ihres Vereins zu entnehmen. Die Kleinhändler erhalten auf ihre Kosten den üblichen Zuschlag. Die Kleinhändler haben für je 1 Pfund Marmelade einen Pfennig Zuschlag zu zahlen, erhalten aber die nachweislichen Untergründe erledigt.

Die Ware ist von den Verbrauchern spätestens vom 10.-20. August zu entnehmen.

Die Inhaber der Ausgabestellen haben bis von den Kleinhändlern bei ihnen abgegebenen Bezugskarten Ma 28 mittels vorgeschriebenen Biefercheines der Bezugseinstellung **Mittwoch, den 20. August**, in der Zeit von 8-12 Uhr abzuliefern.

Die Verteilungsordnung für die auf die allgemeine Lebensmittelkarte auszugebenden Lebensmittel vom 1. August 1918 findet allenthalben Anwendung. Leipzig, am 9. August 1919. Ern.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Zwenkau.

Das unbefugte Betreten der Felder, Feldwege und Raine während der Zeit von 11-3 Uhr mittags und von 6 Uhr abends ab wird **verboten**. Zuwiderhandlungen werden, soweit sie nicht bereits im Vorfeld der Felder unter Strafe gestellt sind, mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 2 Wochen bestraft. **Zwenkau, den 8. August 1919. Der Bürgermeister.**

Sonderverteilung von Auslandsfleisch.

Es werden zugeteilt auf die Marke B 7 der blauen bzw. der gelben Einfuhrzulasskarte, Reihe B, für Erwachsene 125 g ausländ. Pöfelschweinefleisch mit Knochen, Kinder 65 g ausländ. Pöfelschweinefleisch mit Knochen zum Preise von 5 Mark das Pfund oder 1.25 Mark für 125 Gramm oder 85 Pfg. für 65 Gramm.

Die Selbstverpacker mit Fleisch sind zum Bezuge dieses Fleisches nicht berechtigt. Sie haben deshalb für sich und ihre an der Selbstverpackung teilnehmenden Haushalt- und Wirtschaftangehörigen die Marke B 7 der Einfuhrzulasskarte bei Ablieferung der nächsten Fleischkarte an das Statistische Amt, Kartenverteilung, Hauptgeschäftsstelle, Stadthaus, Zimmer 332, abzuliefern. Wer dieser Anordnung nicht nachkommt, hat Strafverfolgung und nach Befinden Entziehung des Rechts der Selbstverpackung zu gewärtigen. Außerdem wird die zu Unrecht bezogene Menge auf seinen Fleischvorrat angerechnet werden.

Verbraucher: Markenabgabe beim Fleischer bis **Donnerstag, den 14. August**.

Fleischer: Markenablieferung in der Bezugseinstellung, Freitag, den 15. August. Die Marken sind in einem besonderen Paket mit einem besonderen Bieferchein abzuliefern.

Fleischausgabe in der Woche vom 26. bis 31. August wird noch bekanntgegeben.

Für die Verteilung gelten im übrigen die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 28. September 1918 über die Regelung des Fleischbezugs.

Der **wahlfreie Bezug von Nahrungsmitteln an Stelle des Auslandsfleisches** findet zufolge Verordnung der Landesfleischstelle nicht mehr statt. Ern.-A. III. Leipzig, den 11. August 1919. Der Rat der Stadt Leipzig.

Sonderverteilung von gelatztem amerikanischem Schweinefleisch.

Es werden zugeteilt auf die Marke B 8 der blauen bzw. der gelben Einfuhrzulasskarte, Reihe B, für Erwachsene 110-150 Gramm Fleisch mit Knochen, Kinder 60-75 Gramm Fleisch mit Knochen.

Die tatsächlich zu verteilende Menge wird erst auf Grund der Anmeldungen berechnet und noch bekanntgegeben. Das Fleisch kostet 8.74 Mk. das Pfund. Die für das Auslandsfleisch sonst angeordnete Verbilligung kann bei dieser Verteilung nicht eintreten, da es sich um eine Sonderzuweisung ohne Anrechnung auf die schiffelmäßige vom Reich verteilten Auslandsfleischmengen handelt. Das Fleisch muß daher zu dem von der Landesfleischstelle für die Kommunalverbände einheitlich festgesetzten Verkaufspreise abgegeben werden.

Gries in Nahrungsmitteln kann nicht gewährt werden. Selbstverpacker mit Fleisch sind zum Bezuge dieser Fleischmenge berechtigt.

Verbraucher: Markenabgabe beim Fleischer bis **Donnerstag, den 14. August**.

Fleischer: Markenablieferung in der Bezugseinstellung **Freitag, den 15. August**. Die Marken sind zunächst mit 110 bzw. 60 Gramm zu bewerten und in einem besonderen Paket mit einem besonderen Bieferchein abzugeben.

Fleischausgabe wird noch besonders bekanntgemacht. Für die Verteilung gelten im übrigen die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 28. September 1918 über die Regelung des Fleischbezugs.

Leipzig, am 11. August 1919. Ern.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Markranstädt.

Die Ausgabe der Sonderzuweisungen an Lebensmittel für Kinder

Über 8 Monate bis zu 1 Jahre sowie von 1-3 Jahren erfolgt künftig am **Donnerstag** jeder Woche bei Kaufmann Borch, für Schwangere, Wöchnerinnen und stillende Mütter gleichfalls am **Donnerstag** jeder Woche bei Kaufmann Grafer auf die ausgegebenen Sonderlebensmittellisten nach der Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Leipzig **Markranstädt, am 8. August 1919. Der Stadtrat.**

Dienstag, den 12. August 1919

erfolgt die 1. Ausgabe von

Frühkartoffeln

bei den Kaufleuten, die früher den Kartoffelverkauf hatten, auf Abschnitt 64 der Lebensmittelkarte mit je 4 Pfd. pro Person zum Preise von 20 Pfg. für das Pfund.

Kartenabgabe bis **Sonnabend, den 9. August 1919**. Diejenigen Personen, die selbst Kartoffeln angebaut haben und solche davon bereits ernten, sind von der Zuweisung zugleich für ihre familiären Haushaltangehörigen ausgeschlossen.

Unberechtigter Kartoffelbezug wird zur strafrechtlichen Verfolgung gebracht werden. **Markranstädt, am 8. August 1919. Der Stadtrat.**

Die Restposten von Tilsiter Käse und Streichkäse

gelangen von **Montag, den 11. August 1919** ab, bei sämtlichen Kaufleuten zu ermäßigten Preisen markenfrei zur Ausgabe. **Markranstädt, am 8. August 1919. Der Stadtrat.**

Böhlich-Chrenberg.

Wegen Reinigung bleiben **Montag, den 18., und Dienstag, den 19. August** die Gemeindevorstände geschlossen. Dringliche Standesamts- und Lebensmittelanfragen sowie Überprüfungen werden an beiden Tagen vormittags von 10-12 Uhr erledigt. **Böhlich-Chrenberg, am 11. August 1919. Der Gemeindevorstand.**

